

Zeitung der Studierendenschaft

Ausgabe I/2011

In dieser Ausgabe:

- ★ **Urabstimmung**
- ★ **Exmatrikulationen im FB05**
- ★ **Finanzen der Studierendenschaft**
- ★ **Bologna-Werkstatt im Januar**
- ★ **Neues zu Semesterticket und QSL**
- ★ **Linux im AStA**
- ★ **Schuldenbremse**
- ★ **Wikileaks**
- ★ **u.v.m.**



Intro

Liebe Leserin,
lieber Leser,

ihr haltet nun die dritte Ausgabe dieser Zeitung insgesamt und die erste Ausgabe in diesem Jahr in den Händen.

Ich hoffe, dass es auch dieses Mal wieder gelungen ist eine Mischung aus informativen Themen zusammenzustellen. In dieser Ausgabe gibt es zudem erstmalig die Rubrik „Lyrik“. Damit ist die Zeitung der Studierendenschaft um eine interessante Sparte reicher.

Allerdings könnte es auch die letzte Ausgabe sein. Warum? Das liegt daran, dass der AStA Herausgeber ist und dieser einmal im Jahr vom Studierendenparlament gewählt wird. Sicherlich ist euch in den letzten Tagen die Wahlwerbung aufgefallen. Gerade dieses Studierendenparlament wird im Januar gewählt und konstituiert sich im April. Dann wird auch in der Regel ein neuer AStA gewählt und dieser entscheidet dann auch, ob es eine Zeitung in dieser Form, anderem Format oder vielleicht auch gar nicht mehr gibt.

Damit entscheidet ihr bei dieser Wahl auch über diese Zeitung. Hättet ihr das gedacht?

Gerade zum Thema Wahlen: geht bitte wählen! Dann bekommt ihr auch eine Vertretung, die ihr euch wünscht. Ausserdem braucht es mindestens 20% Wahlbeteiligung, damit die Urabstimmung erfolgreich sein kann. Also geht zur Urne und nehmt am besten noch zehn Freunde/Freundinnen mit.

Unabhängig von der Wahl wünsche ich euch viel Spaß bei der Lektüre dieser Zeitung.

Euer
Markus Gretschel

Impressum

Herausgeber:
Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA)
der JLU Gießen
Otto- Behaghel- Str. 25d
35394 Gießen
www.asta-giessen.de

Druck und Verlag:
Verlag + Druck Linus Wittich KG
Industriestraße 9-11, 36358 Herbstein
Telefon: 0 66 43 / 96 27-0
Verlagsleiter: Hans-Peter Steil

Redaktion: AStA
Layout: Markus Gretschel

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: 15.12.2010

Auflage: 10.000 Stück

Inhalt

- Urabstimmung - Seite 3
- Skandal im Inst. f. Germanistik (FB05) - Seite 4
- Finanzen - Seite 5
- Finanzreform - Seite 6
- Semesterticket/QSL - Seite 7
- Bologna-Werkstatt - Seite 8
- Feedback HelferInnendatenbank - Seite 9
- Bildung besser machen - Seite 10
- Wahlen an der FH - Ein Desaster - Seite 11
- Freie Software im AStA - Seite 12
- Diskriminierung bekämpfen - Seite 13
- Lyrik - Seite 14
- Gender Terror Deluxe - Seite 16
- Blick über den Tellerrand- Seite 17
- Studentische Initiativen - Seite 22
- Veranstaltungen - Seite 22

**MUSS WIRKLICH
JEDE NOTE
ZÄHLEN?**

SETZ DICH EIN:
PRÜFUNGLAST REDUZIEREN
DURCH
1/3 AUSKLAMMERUNG
DEINER NOTEN!

**GEH ZUR
URABSTIMMUNG!**

19.-25. 01. 2011
IN ALLEN WAHLLOKALEN
INFOS:
WWW.MODULARISIERT.DE

Urabstimmung

Studierendenparlament beschließt erste studentische Urabstimmung an der JLU

Ein Beitrag von Florian Hartmann

Das Studierendenparlament hat auf der Sitzung am 16.12.2010 einstimmig beschlossen zusammen mit den universitären Wahlen vom 19. bis 25. Januar 2011 eine Urabstimmung durchzuführen. Alle Studierenden der Justus-Liebig-Universität (JLU) sind aufgerufen, im Januar an der Urabstimmung teilzunehmen. Gegenstand der Urabstimmung ist die Frage, ob der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) im Senat einen Antrag stellt, dem zu Folge allen Studierenden die Möglichkeit eröffnet wird, einen Teil ihrer Modulnoten auszuklammern. Bisher ist es in fast allen modularisierten Studiengängen üblich, dass alle im Studium erbrachten Noten unmittelbaren Einfluss auf die Abschlussnote haben. Da die Abschlussnote ein maßgebliches Kriterium für die Zulassung zu einem Master-Studienplatz ist, sehen sich die Studierenden bereits ab dem ersten Semester einem starken Druck ausgesetzt. Auch die Abschlussnote eines Masterstudiums hat weitreichende Auswirkungen für die Zukunft der Studierenden. Nicht nur für die Einladung zu einem Bewerbungsgespräch und den späteren Jobs, auch bei Promotionsstipendien und -stellen spielt die Abschlussnote eine entscheidende Rolle.

Die Reduzierung des Prüfungsdrucks war auch eine der zentralen Forderungen im Rahmen des Bildungsstreiks im November 2009. Auch wenn im Rahmen des Monitoring-Prozesses und durch engagierte Studierende bereits in einigen Studiengängen Verbesserungen erzielt werden konnten, ist die Gesamtsituation immer noch mangelhaft. Das die Forderung noch aktuell ist, zeigen einige alarmierende Fakten, die Studien und Presse uns präsentieren: Zuviel Prüfungsdruck führt zu negativem Stress, woraus schlechte Lernerfolge sowie miserable Noten resultieren können. Zudem birgt der Notenstress die Gefahr von psychischen Erkrankungen. Die vom Deutschen Studentenwerk beauftragte Sozialerhebung beziffert den Anteil der Studierenden, die mit Prüfungsangst kämpfen, unter depressiven Verstimmungen leiden und die Lern-/Leistungsprobleme haben, mit 12 bis 13 Prozent. Dabei sind Ängste und Depressionen die häufigsten Symptome, die durch einen hohen Leistungsdruck entstehen. Den signifikant erhöhte Absatz von Medikamenten, wozu vor allem Psychopharmaka zählen, während der Prüfungsphasen finden selbst VertreterInnen von Krankenkassen beängstigend.

Neben dem Aspekt der psychologischen Folgen erscheint es auch sonst nicht sinnvoll, dass jede Note unmittelbare Auswirkungen auf die Endnote hat. Durch die Berücksichtigung aller Noten eines Studiums haben die Studierenden keinerlei Spielräume, um sich selbst problemlos wissenschaftlich „auszuprobieren“. Außerdem würde es eine selbstbestimmte Klammerregelung ermöglichen, eine Spezialisierung im Rahmen des Studiums auch in der Abschlussnote abzubilden.

Angestoßen wurde die Urabstimmung vom AStA-Referat Studium und Lehre sowie einigen engagierten Studierenden aus verschiedenen Fachbereichen, die sich in einem Arbeitskreis organisiert haben. Eine Klammerregelung existiert schon in einigen

wenigen Studiengängen an der JLU und hat bereits zu deutlichen Entlastungen geführt. Durch eine allgemeine Regelung erhoffen sich die Studierenden eine Reduzierung des Notendrucks. Aus der Regelung entstehen für die Studierenden aus Sicht des AStAs keinerlei Nachteile. Für einen Erfolg der Urabstimmung ist es nötig, dass sich mindestens 20 Prozent der Studierenden an der Abstimmung beteiligen, wovon die Mehrheit dem Anliegen zustimmen muss.

Wichtig ist nicht nur das Thema, sondern auch die erstmalige Nutzung des Instruments der Urabstimmung. Erstmals können alle Studierenden direkt zu einer aktuellen Frage abstimmen. Der AStA sowie der Arbeitskreis rufen alle Studierenden auf, sich an der Abstimmung zu beteiligen.

Fragen und Kommentare können per E-Mail an urabstimmung@asta-giessen.de gerichtet werden. Weitere Informationen zur Urabstimmung finden sich unter www.modularisiert.de.

Wie kommt es zu einer Urabstimmung, was können Inhalte sein und wer kann diese veranlassen?

Die Antworten findet man in der Satzung der Studierendenschaft:

§ 42

Urabstimmung

(1) Gegenstand der Urabstimmung kann jede Angelegenheit sein, die zu den Aufgaben der Studierendenschaft gehört. Die Satzung, Satzungsänderungen sowie Entscheidungen des Ältestenrates, Haushaltspläne, Beiträge und Wahlen von Amtsträgern der Studierendenschaft können nicht Gegenstand einer Urabstimmung sein. Ein Antrag auf Urabstimmung zur Aufhebung eines Beschlusses des Studierendenparlamentes kann nur innerhalb von zehn Tagen nach Bekanntgabe des Beschlusses eingebracht werden.

(2) Eine Urabstimmung findet statt auf

- Verlangen von 5 von Hundert der Studierenden,
- Antrag des Studierendenparlamentes,
- Antrag des Allgemeinen Studierendenausschusses,
- auf Beschluss der Vollversammlung der Studierendenschaft.

(3) Über die Zulässigkeit einer Urabstimmung entscheidet der Ältestenrat spätestens 14 Tage nach Eingang des Antrags.

(4) Die Urabstimmung muss vom Allgemeinen Studierendenausschuss unverzüglich nach Feststellung der Zulässigkeit des Antrages durchgeführt werden. Sie darf nur während der Vorlesungszeit stattfinden.

(5) Eine Urabstimmung ist erfolgreich, wenn mehr als 20 von Hundert der Wahlberechtigten an ihr teilgenommen haben und sich mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen für den Antrag ausgesprochen haben.

(6) Die Urabstimmung wird gemäß den für die Urnenwahl geltenden Bestimmungen der Wahlordnung durchgeführt.

Fachbereich 05

Eklatante Missachtung geltenden Rechts durch das Germanistikinstitut

Ein Beitrag von Ina Jendriczka

Dass die Bologna-Reform da ist und das Leben von Studierenden sowie Lehrenden gleichermaßen beeinflusst, ist kein Geheimnis. Einst als Erleichterung und Verbesserung des Hochschulsystems gedacht, wird immer deutlicher, wie unausgegoren die Umsetzung des Prozesses ist und wie dringend eine Nachbesserung stattfinden muss, denn vielerorts herrscht Verwirrung und Ratlosigkeit. Dabei könnte alles so einfach sein. Wurden im Zuge der Bolognaeinführung eine Vielzahl von Ordnungen grundlegend verändert und erweitert, welche die Umstellung erleichtern und klare Richtlinien setzen sollten, scheint genau dort der Knackpunkt zu liegen, denn z.T. werden diese weder von Studierenden noch von Lehrenden gelesen. Kein Wunder also, dass die wenigsten wissen, welche Regelungen gelten bzw. welche Pflichten aber vor allem welche Rechte Studierende haben, geschweige denn aufgrund der fehlenden Wissensgrundlage einen Verstoß dagegen feststellen. Geschah dies doch bis vor kurzem im Fachbereich 05 angehörigen Germanistikinstitut, in dem geltendes Recht mit Füßen getreten wurde, Studierende aufgrund der falschen Auslegung bzw. der Nichtanwendung der geltenden Ordnung sogar exmatrikuliert wurden. Als der Bachelor-Studiengang Sprache-Literatur-Kultur vor drei Jahren eingeführt wurde kam es auch im Fachbereich 05 zu Umstrukturierungen, welche die neue Situation regeln sollten. Ergebnis der Neugestaltung sind zum Einen die Allgemeinen Bestimmungen der Universität Gießen (AIB) und zum Anderen die für den Fachbereich geltende Spezielle Ordnung; zu finden auf der Homepage der JLU in den Mitteilungen der Universität Gießen (kurz MUG) unter dem Punkt Prüfungsangelegenheiten und -ordnungen. Durch eine Spezielle Ordnung können abweichend zu den AIB Studienbedingungen festgelegt werden. Ist jedoch keine Spezielle Ordnung vorhanden, so greifen die AIB in Gänze, sodass alle studiumsrelevanten Fragen beantwortet sein sollten. Jedoch wurde dies im Germanistikinstitut eklatant missachtet, da seit der Einführung des Bachelorstudiengangs eine

Vorgehensweise Anwendung fand, welche auf keine rechtliche Basis gestützt werden kann. So wurden in den letzten drei Jahren vielfach von Lehrenden die Note des Erstversuches und die Note der darauffolgenden Ausgleichsprüfung verrechnet. Führt das Ergebnis der Verrechnung nicht zum Bestehen, so wurde eine Modulabschlussprüfung fällig. Wurde auch diese nicht bestanden, folgte die Exmatrikulation, welche nach §59 des Hessischen Hochschulgesetzes aufgrund endgültig nicht erbrachter Leistungen vollzogen wird. Aufgrund dieser Praxis wurden so ca. 60 StudentInnen, die am Institut für Germanistik eine solche abschließende Prüfungsleistung erbringen mussten, exmatrikuliert. Fakt ist, dass jede Notenverrechnung von Erstversuch und Ausgleichsprüfung im Bachelorstudiengang Sprache-Literatur-Kultur durch die AIB (§10) in Verbindung mit § 8 der Speziellen Ordnung des Fachbereiches unrechtmäßig ist. Seitdem die Problematik der Notenverrechnung bewusst wurde, glänzt das Institut durch Intransparenz, da Fragen über die Entwicklung und eventuelle Lösungsansätze in einen Mantel des Schweigens gehüllt werden, der keine Auskunft nach außen zulässt.

Das Vorgehen in der Germanistik beweist, dass sich jeder Fachbereich die Freiheit herausnehmen kann, die allgemeingültigen und verbindlichen Ordnungen nach eigenem Ermessen zu interpretieren oder sie gar aufgrund der Tatsache, dass sie nicht gelesen wurden außer Kraft zu setzen. Dies beginnt mit der sich unterscheidenden Anwesenheitspflicht innerhalb eines Fachbereiches oder den Prüfungsregularien in einem Modul und führt wie geschildert im schlimmsten Fall dazu, dass Studierende unrechtmäßig exmatrikuliert werden. Es stellt sich hierbei die Frage, wie lange Studierende dieser Willkür ausgesetzt sein müssen. Ein erster Schritt ist sicherlich sich mit den für das Studium relevanten Ordnungen auseinander zu setzen, damit ein solcher Missbrauch geltenden Rechts nicht mehr vorkommt.



Hast auch du Hinweise gefunden, dass in deinem Fachbereich etwas schief läuft oder hast du gar selbst Probleme aufgrund der falschen Auslegung von Ordnungen?

Dann melde dich doch im AStA. Wir setzen uns für dich und alle Studierenden ein. Das geht aber nur, wenn du uns über Missstände informierst!

Wir lassen euch nicht im Regen stehen!

Unter www.asta-giessen.de findet ihr alle AnsprechpartnerInnen.

Glorreiche Neoliberale im AStA ?

Ein Beitrag von Alexander Vasil

Wer die Sitzungen des Studierendenparlamentes in letzter Zeit verfolgt hat, muss sich an schlechte Filme erinnert fühlen: Nachdem der Rechnungsprüfungsausschuss bereits Anfang des Jahres das Fehlen der vorgeschriebenen Jahresabschlüsse für 2006, 2007 und 2008 festgestellt hat, wurde inzwischen ein Untersuchungsausschuss durch das Parlament eingerichtet, dessen Aufgabe die Aufklärung undurchsichtiger finanzieller Transaktionen des inzwischen zurückgetretenen und nicht wiedergewählten Finanzreferenten Frederic Schneider (Jusos) ist.

Dabei fing alles ganz langweilig an: Nachdem das Parlament in den vergangenen Jahren nur äußerstschleppend seiner Pflicht zur Überprüfung der Rechnungslegung des AStA nachgekommen war, sollte nun alles ganz schnell gehen: Der Prüfungsausschuss des Jahres 2009 sollte gleich alle Abschlüsse seit 2006 prüfen und wenn möglich zur Entlastung empfehlen. Die engagierten studentischen PrüferInnen versuchten auch ihr Bestes, mussten aber feststellen, dass der Großteil der geforderten Abschlussarbeiten nicht geleistet war. Weder Bilanz noch Soll-Ist Rechnung noch Wirtschaftsplan lagen vor. Die Bilanzsumme der Studierendenschaft der JLU-Gießen schwankt immerhin zwischen 3 und 4 Mio. €, die Abrechnung erfolgte aber auf dem Niveau eines Kleinstgewerbetreibenden. Das war schon peinlich, hatte aber auch seine humoristischen Seiten, so stellte das Parlament verblüfft fest, dass die Studierendenschaft im Besitz von nicht unerheblichen Anteilen einer örtlichen Wohnungsbaugesellschaft ist.

Das Lachen blieb den ParlamentarierInnen aber spätestens dann



Was passierte in den letzten Jahren in diesem Raum?
Das Foto zeigt den „Finanzbunker“ des AStA.

im Halse stecken, als der Bericht auf die Verwendung der Rücklagen der Studierendenschaft folgte. Die wenigsten ahnten, dass die Studierendenschaft der JLU über Rücklagen in Millionenhöhe verfügt. Wegen des Fehlens der Abschlüsse wusste bisher nur der kleine und diskrete Kreis der ehemaligen Finanzreferenten effektiv davon, selbst der Rechnungsprüfungsausschuss hatte seine liebe Mühe, die geforderten Informationen zu erhalten. Mit gutem Grund: Die Studierendenschaft hat spekuliert.

Ausgehend von einem ordentlichen Beschluss musste der AStA einen Fond zur Sicherung der Altersbezüge einer Angestellten einrichten, hierzu erhielt das Finanzreferat durch die Bank alleinige Zeichnungsberechtigung über ein Fondskonto. Nach Abwicklung des Geschäfts wurde das Konto aber nicht gelöscht, sondern munter großer Mann gespielt. Da die Rücklagen nicht im Haushalt ausgewiesen wurden und auch keiner danach fragte, konnten sie in verschiedene Investmentfonds investiert werden. Die Fondserträge wurden dann entweder dem Haushalt zugeführt, oder aber reinvestiert - ganz wie es gerade gepasst hat. Das Parlament und auch der AStA waren von keiner einzigen Anlageentscheidung in Kenntnis gesetzt. Das Finanzreferat konnte so durch die Zuführung von Erträgen aus dem Fonds willkürlich andere Defizite ausgleichen, ohne sich dafür vor dem Parlament rechtfertigen zu müssen. Andererseits blieb man dem Parlament auch die Rechenschaft über die Art der Erwirtschaftung dieser Erträge schuldig.

Über Jahre hinweg hatten die den AStA ehemals dominierenden Jusos zwar immer wieder große Reden gegen die Atom-, Rüstungs- und Finanzindustrie geschwungen, während ihr Finanzreferent gleichzeitig Anleihen von Firmen wie RWE, e-on, Krauss-Maffei, Eurocopter u.ä. zeichnete, von der Beteiligung an Credit-Default-Swaps in Hedgefonds ganz zu schweigen. Grob heruntergebrochen kann man also sagen, das man denen, die man kritisierte das ganze Geld geliehen hatte, um von den Zinsen die Demo gegen sie zu finanzieren. Es ist klar, dass das im Parlament zu einem Aufschrei und zum Zerschlagen von Koalitionen geführt hätte, wenn es nur bekannt gewesen wäre. Der eigentliche Skandal dabei ist nicht die Art der Anlage, sondern die willentliche und fortgesetzte Missachtung des Parlaments und damit aller Studierenden.

Wenigsten bis 2008 war man so klug, nur solche Engagements einzugehen, die die Einlagen garantierten, bei denen man also vom eingesetzten Kapital nichts verlieren konnte. Mit Amtsantritt der diesjährigen AStA-Koalition wurde aber durch einen Blick in bisher verschlossene Bücher schnell klar, dass dem ab 2009 nicht mehr so war: Bis zuletzt (9 Tage vor Amtsübergabe) ist mit den Geldern spekuliert worden, zuletzt auch in Fonds, die im eigenen Verkaufsprospekt eine mittlere Erfahrung und Risikobereitschaft voraussetzen, und mit denen man theoretisch das gesamte eingesetzte Kapital hätte verlieren können.

Genug ist genug - die Koalition hat sich zu einer umfassenden Reform der Finanzen der Studierendenschaft entschlossen, und um die Vorgänge so offen wie möglich aufzuklären wurde ein Untersuchungsausschuss eingerichtet, der bald möglichst öffentlich Bericht erstatten wird.

Die Reform der Finanzen

von Alexander Vasil

Wie zuvor beschrieben, gab es dieses Jahr einen ziemlichen Schock, als die interessierte Öffentlichkeit von den "seltsamen" Investmentstrategien der letzten Jahre erfahren musste. Da sich so etwas nach einhelligem Urteil nicht wiederholen darf, musste man Mittel und Wege finden, dies für die Zukunft auszuschließen. Aber wie?

Bei genauerem Hinsehen zeigte sich, dass die Wurzel allen Übels in der stark überbetonten Rolle der Finanzreferenten der letzten Jahre lag. Faktisch niemand war in der Lage, deren Handlungen nachzuvollziehen, da das Berichtswesen im Laufe der Jahre stark degeneriert war. Rücklagen wurden nicht ausgewiesen, es wurde nicht bilanziert und das Parlament wurde in wichtigen Fragen gar nicht erst informiert. Die dadurch entstandene "Grauzone" war es letztlich, die die eigenmächtigen Handlungen erst ermöglichte hatte. Das Ganze war also weniger ein Finanzskandal, sondern vielmehr eine skandalöse Korruption der demokratischen Institution der Studierendenschaft. Die "Exekutive" hatte sich selbst ermächtigt, Kontrolle fand nicht statt.

Als Lehre aus dieser Erkenntnis hat das Studierendenparlament mit der neuen Finanzordnung einen klaren Schnitt gemacht:

- Es ist jetzt klar definiert, aus welchen Elementen der Jahresabschluss bestehen muss, den das Finanzreferat vorlegt.
- Das Studierendenparlament hat die Pflicht, den Punkt "Verwendung der Rücklagen" einmal im Jahr zu debattieren. Die Anlageentscheidung wird nun also jährlich und öffentlich von allen gewählten VertreterInnen gemeinsam getroffen.
- Die Haushaltsaufstellung wurde so verändert, dass den einzelnen gesetzlichen Zielen der Studierendenschaft nunmehr einzelne Haushaltskapitel zugeordnet sind.
- Diese werden von den gewählten ReferentInnen einzeln bewirtschaftet und vor dem Parlament verantwortet.
- Vom Parlament zugewiesene Haushaltstitel können nur durch das Parlament anderen Zwecken zugeführt werden.

Damit ist sichergestellt, dass die Verantwortung sich nun auf alle gewählten ReferentInnen verteilt, und dass die Verwendung der Mittel auch öffentlich und transparent verantwortet werden muss. Der Haushalt ist für alle Studierenden lesbar, und kein Buch mit sieben Siegeln mehr, die genaue Aufteilung der Gelder schwimmt nicht mehr in wenigen und undurchschaubaren "Globaltöpfen". Damit ist klar eine Lanze für mehr Transparenz und eine funktionierende demokratische Kontrolle gebrochen.

Weiterhin wurde in einem recht evolutionären Akt die Autonomie der Fachschaften als wesentliches Element der Studierendenschaft gestärkt, indem die Kompetenz zur Entscheidung über die finanzwirksamen Anträge derselben vom AStA auf die Fachschaftenkonferenz verlagert wurde. VertreterInnen aller Fachschaften entscheiden nunmehr kollegial über ihre Anträge, tauschen sich über diese aus und diskutieren ihre jeweilige Fachschaftsarbeit miteinander. Abgesehen davon, dass es auch bisher schwer verständlich war, warum Nicht-FachschaftlerInnen über Fachschaftsentscheidungen entscheiden sollten, so versprechen wir uns durch die erhöhte Kommunikation untereinander eine Stärkung der Fachschaftsarbeit, die durch die kürzeren Verweildauern durch Bachelor und Master erheblich schwieriger geworden ist. Außerdem haben wir auch ein "bedingungsloses" Mindestbudget für jede Fachschaft eingeführt, um die Abhängigkeit von politischen Wechselfällen zu mindern. So kann man arbeiten!

Förderverein für unschuldig in Not geratene Studierende an der JLU Gießen e.V.



Solifond mit neuem Vorstand

Ein Beitrag von Markus Gretschel

Auf der Mitgliederversammlung am 15.11.2010 wurde ein neuer Vorstand gewählt.
Der neue Vorstand besteht nun aus:

Vorsitzender: Markus Gretschel
Stellv. Vorsitzende: Marie Moos
Kassiererin: Ina Jendriczka
Beisitzer: Johannes Minet
Beisitzer: Alexander Busam
Beisitzer: Markus Oberender
Beisitzer: Andreas Schaper

Damit kann die Arbeit erfolgreiche Arbeit weitergehen. Neben der Förderung unschuldig in Not geratener Studierender der JLU soll nach Willen des neuen Vorstands auch bald eine Möglichkeit für FH-Studierende geben, von dem Verein zu profitieren. Es sind Gespräche mit AStA und FH in Vorbereitung. Allerdings ist es fraglich, ob die Studierendenschaft der FH das Geld aufbringen kann, da ja die Mittel durch das verfehlte Wahlbeteiligung gekürzt werden.

Infos zum Verein und Vergaberichtlinien finden sich auf www.solifond.de

Beitrittsformulare sind unter vorstand@solifond.de erhältlich.
Studierende zahlen einen freiwilligen Beitrag (mind. 1€/Jahr).

Semesterticket / QSL

Studentische Mobilität im ÖPNV langfristig gesichert

Ein Beitrag von Sebastian Weidner

Semesterticketverträge für Gießener Studierende ab Sommersemester 2011 in Kraft

Nachdem eine fünfköpfige Verhandlungskommission aus den Reihen der hessischen Studierendenvertretungen bereits im Oktober 2009 Gespräche mit dem RMV bezüglich der Fortführung des Semestertickets begonnen hatten, konnte nun ein Abschluss erwirkt werden, der die Nutzungsmöglichkeit des Nahverkehrsangebots dieses Verbundes langfristig sicherstellt. Einige Studierendenschaften, darunter auch die JLU Gießen, haben darüber hinaus auch eine Einigung mit dem NVV erzielt und damit ein fast hessenweites Mobilitätsangebot für ihre Studierenden geschaffen. Die neuen Vereinbarungen treten mit Beginn des Sommersemesters 2011 in Kraft. Die weitreichendste Neuerung beider Verträge ist, dass es im Gegensatz zu früheren Vereinbarungen keine Befristung der Vertragslaufzeit mehr gibt. Damit sind künftig Neuverhandlungen, mit denen regelmäßig jeweils deutliche Preissteigerungen einhergingen, nicht mehr nötig.

Preis

Bislang mussten Studierende der JLU Beiträge in Höhe von 86 € für den RMV und 7,03 € für den NVV aufbringen. Nach den neuen Verträgen beträgt der Preis für den RMV ab 2011 95 €, ab 2012 104 € und ab 2013 110 €. Danach erfolgt eine Koppelung der Preissteigerung an die durchschnittliche jährliche Preiserhöhung im Auszubildendentarif. Der neue Startpreis im NVV konnte ab 2011 auf 6,30 € gesenkt werden, ab dem Folgejahr wird es ebenfalls eine Koppelung an den Auszubildendentarif

geben.

Räumlicher Geltungsbereich

Das Gültigkeitsgebiet des neuen Semestertickets wird künftig auch das Übergangstarifgebiet des VRN umfassen. Weiterhin wird es auch möglich sein, Anschlussfahrkarten in das Gebiet des VAB im Zug oder am Fahrkartenschalter zu erwerben.

Zeitlicher Geltungsbereich

Auch der zeitliche Geltungsbereich konnte ausgeweitet werden. So kann das Ticket anders als bisher bereits einen Monat vor Beginn des jeweiligen Semesters genutzt werden.

IC-Nutzung

Zwar ist die Fahrtberechtigung für den IC/EC ansonsten auch weiterhin nicht im Semesterticket enthalten, doch können Studierende dafür eine personalisierte streckenabhängige Aufpreiszeitkarte (Woche/Monat/Jahr) innerhalb des Gültigkeitsgebietes des RMV am Bahnschalter erwerben und sich einen Teil der Kosten vom AstA zurückerstatten lassen.

Sonstiges

Weitere Neuerungen ab Beginn der Vertragslaufzeit sind die Einführung eines zusätzlichen Rückerstattungsgrundes „Krankheit“ und die Anwendung der sogenannten „Fahrgastrechte“, die es mitunter ermöglichen, bei Verspätungen der Züge von mehr als 20 Minuten innerhalb des RMV-Gebietes auch IC-/EC- und sogar ICE-Züge zu nutzen.

Für weitere Fragen zum Semesterticket schaut euch die AstA-Homepage an oder schreibt eine Email an sebastian.weidner@asta-giessen.de

Mischt mit an eurer Uni! – QSL macht's möglich

Ein Beitrag von Nicole Schreier

Schon in unserer letzten Ausgabe haben wir darüber berichtet, dass wir als Studierende in Hessen seit 2008 durch die so genannten QSL-Mittel (Mittel zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre) unsere Uni aktiv mitgestalten können und unsere Studienbedingungen verbessern können. Möglich macht's ein Gesetz des Hessischen Landtags, welches nach der Abschaffung der Studiengebühren beschlossen wurde, um den Universitäten eine Verbesserung der Qualität von Studienbedingungen und Lehre zu ermöglichen. Im WS 2010/2011 - SS 2011 wurden der Justus-Liebig-Universität hierzu insgesamt 13,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Hiervon werden 60% von der dezentralen Vergabekommission des jeweiligen Fachbereichs vergeben und die restlichen 40% werden durch eine zentrale Vergabekommission verteilt. Durch diese Mittel konnten u.a. die Anzahl von Seminaren mit genderspezifischen Inhalten und Zielsetzung sowie Lehraufträge mit genderspezifischen Inhalten erhöht werden, die Erstellung eines Informationssystems zu Studienvoraussetzungen und Studienanforderungen im Internet durchgesetzt und eine Verbesserung des Zugangs zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen (insbesondere e-books) erreicht

werden. Des Weiteren wird die kostengünstige Bereitstellung vieler Software-Produkte für Studierende der JLU unterstützt. Allerdings wurden für das WS 2010/2011 - SS 2011 nur 7 studentischen Anträge (von insgesamt über 50 Anträgen) gestellt und davon auch nur 3 Anträge bewilligt! Es gibt also noch sehr viel Spielraum nach oben!

Nutzt also eure Möglichkeit mitzumischen! Bis Anfang Februar können wieder Anträge fachbereichsübergreifende Anträge gestellt werden. Neben euren Fachschaften als Ansprechpartner hilft euer AstA euch gerne weiter in seiner Sprechstunde der FachreferentInnen Dienstags von 11 bis 13 Uhr. Oder schaut vorbei unter

<http://www.qsl-fuer-alle.de>. Hier könnt ihr eure Ideen sammeln, euch weiter informieren sowie unter Anleitung einen Antrag erstellen. Außerdem kannst du dich in der STudIP-Studien-gruppe „QSL für alle!“ über aktuelle Geschehnisse sowie über Antragsfristen etc. informieren.

Bologna - Werkstatt

Bologna-Werkstatt

Ein Beitrag von Isabella Enzler

Sechs Klausuren in einer Woche, vollgestopfte Wochenpläne, Blockseminare am Samstag, es ist alles zu viel.“

Solche und ähnliche kritische Stimmen werden im Bezug auf den Wandel des Hochschulsystems immer lauter. Auch die massiven Proteste an den Hochschulen in den letzten Jahren zeigen die Unzufriedenheit am derzeitigen Bildungssystem und dem Bologna-Prozess. Doch wie kam es eigentlich zum Wandel an den Hochschulen? Welche AkteurInnen waren beteiligt und welche ursprünglichen Ziele gab es? Was ist davon heute im studentischen Alltag Realität? Und was kann man tun, um die eigene Studiensituation zu verbessern?

Der Bologna-Prozess ist die bedeutendste Reform der europäischen Hochschulen, nicht nur aufgrund der geographischen Reichweite. Im Rahmen des Bologna-Prozesses war das Ziel bis zum Jahr 2010 einen gemeinsamen europäischen Hochschulrahmen zu generieren. Bereits im Jahr 1997 gab es Bestrebungen des Europarates und der UNESCO, dass Studienabschlüsse gegenseitig anerkannt werden sollen. Am 11. April 1997 verabschiedeten die beiden Organisationen die Lissabon-Konvention, oder auch das „Übereinkommen über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region“. Hierbei handelt es sich um ein allgemeines völkerrechtliches Abkommen, welches freiwillig von Mitgliedstaaten ratifiziert wird. Dieses ersetzte alle bildungspolitischen Initiativen des Europarats und der UNESCO seit den 1950er Jahren.

Am 25. Mai 1998 trafen sich die Bildungsministerin Tessa Blackstone aus Großbritannien und die Bildungsminister Jürgen Rüttgers aus Deutschland, Claude Allegre aus Frankreich und Luigi Berlinguer aus Italien in Sorbonne, um in der gleichnamigen Sorbonne-Erklärung ihren Willen zu deklarieren, die europäische Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulentwicklung zu verbessern. In der Sorbonne-Erklärung, oder auch „Gemeinsame Erklärung zur Harmonisierung der Architektur der europäischen Hochschulbildung“, wurde betont, dass ein offener europäischer Hochschulraum zahlreiche positive Perspektiven in sich trage, jedoch die nationalen Unterschiede Berücksichtigung finden müssten. So lautet es in der Erklärung:

„Das Jubiläum der Universität von Paris, heute hier an der Sorbonne, gibt uns nun den ehrenvollen Anlaß, uns darum zu bemühen, einen europäischen Raum für Hochschulbildung zu schaffen, in dem nationale Identitäten und gemeinsame Interessen interagieren und sich gegenseitig stärken können zum Wohle Europas, seiner Studenten und seiner Bürger allgemein. Wir rufen andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union und andere europäische Staaten dazu auf, uns in diesem Bemühen zu unterstützen und rufen alle europäischen Universitäten dazu auf, die Position Europas in der Welt durch ständig verbesserte und moderne Bildung für seine Bürger zu festigen“

Dieser Aufforderung kamen 29 europäische Bildungsministerinnen und Bildungsminister nach, indem sie am 19. Juni 1999 die Bologna-Erklärung, auch „Der Europäische Hochschulraum: Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister“ unterzeichneten. So viel zu den AkteurInnen rund um den Bologna-Prozess.

Die Betroffenen des Bologna-Prozess sind sich relativ einig, dass die ursprüngliche Ausrichtung des Reformprozess die richtigen Ziele gesetzt hat. Studieren im Ausland, mehr studentische Mitbestimmung, Anerkennung von Leistungen außerhalb des Studiums, um nur einige Beispiele zu nennen. Doch sind diese nur ein Traum für die meisten Mitglieder der Hochschule geblieben, die Umsetzung ist oft gescheitert. Der Bologna-Prozess wurde als Anlass genommen, die Hochschulen neoliberal auszurichten, zu verschulen und Studierende mit einem nicht schaffbaren Pensum an Arbeiten und Prüfungen zu konfrontieren. Im Jahr 2010 zeigt sich die Ernüchterung, kaum eines der ursprünglichen Hauptziele wurde erreicht.

Die Bachelor- und Masterstudiengänge wurden eingeführt. Das ist wohl so ziemlich das einzige, was aus der Bologna-Erklärung „Erfolg“ hatte. Doch werden die neuen Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt meistens nicht akzeptiert. Gerade diejenigen, die nach dem Bachelor, der eigentlich als berufsqualifizierender Abschluss dienen sollte, in die Arbeitswelt einsteigen wollen, werden bitter enttäuscht. Viele Studien belegen, dass mit einem Bachelorabschluss ca. 20 Prozent weniger verdient wird. Viel drastischer zeigen sich die Auswirkungen des Bologna-Prozess noch in den prekären Arbeitsverhältnissen, in denen die meisten mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium arbeiten müssen. Nur knapp die Hälfte aller Bachelorabsolventinnen und -absolventen bekommen eine unbefristete Stelle. Wer weiterstudieren möchte, um wenigstens eine Chance auf eine unbefristete Stelle zu haben, darf sich in dem Kampf um die viel zu wenigen Masterplätze begeben. Ca. 80 Prozent der Grundfinanzierung wenden die meisten Hochschulen für den Bachelor auf, da bleibt nicht mehr viel für den Master übrig. Man darf gespannt sein, wie der Bedarf der doppelten Abiturjahrgänge in den nächsten Jahren abgedeckt wird.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Arbeits- und Prüfungslast in den modularisierten Studiengängen, die man mit unzähligen Klausuren, Hausarbeiten, Portfolios, Essays, Referaten etc. täglich zu spüren bekommt. Die Leitlinie lautete, für ein Bachelorstudium bis zum Abschluss mindestens drei Jahre zu benötigen, umgesetzt wurde diese allerdings so, dass bis zum Abschluss höchstens drei Jahre eingeplant werden sollen. Dort wurde meistens der Lernstoff der alten Studiengänge komprimiert, der jetzt in kürzerer abgearbeitet ist. Viele Studierende überlegen bereits im ersten Semester ihr Studium abzubrechen, doch war eigentlich eine Verringerung der Abbruchquote das erklärte Ziel. Zeitgleich können viele Studierende nicht mehr selbst bestimmen und Veranstaltungen nicht nach Interesse wählen, sondern müssen nach vorgegebenen Studienverlaufsplänen studieren, die einen Wechsel der Hochschule, und das sogar national, fast unmöglich machen. Und doch war gerade die Verbesserung der Mobilität zwischen den Hochschulen eines der Kernziele des Bologna-Prozesses. Wer sich ein Auslandsstudium leisten kann, trotz der zu geringen Zuschüsse durch das Erasmusprogramm, wird bei der Rückkehr zur Heimathochschule oft enttäuscht, da erbrachte Leistungen nicht anerkannt werden, weil die Anforderungen in den verschiedenen Ländern zu unterschiedlich seien. Eine Studie des Hochschulinformationssystems (HIS) belegt, dass nur 15 Prozent der Bachelorstudierenden den Schritt ins Ausland wagen, während es bei Diplomstudierenden noch 24 Prozent und bei Magisterstudierenden noch 34 Prozent waren.

Diese Missstände sind mittlerweile bekannt und öffentlich the-

Bologna - Werkstatt / HelferInnen-Datenbank

matisiert. Doch trotzdem ändert sich an den zu vielen Prüfungen, nicht anerkannten Leistungen und zu starren Modulbeschreibungen nichts.

So stellt sich die letzte Frage: Wie kann ich meine Studiensituation verbessern? Die Antwort lautet ganz einfach: Selbst aktiv dein Studium gestalten!

Am 19. Januar 2011 plant das Referat Studium und Lehre und das Referat für Hochschulpolitik einen Bologna-Tag, an dem mit verschiedenen Workshops aufgezeigt werden soll, wie man selbst aktiv das Studium verbessern kann. Durch Workshops zum Hessischen Hochschulgesetz, den Allgemeinen Bestimmungen, und den Speziellen Ordnungen sollen die rechtlichen Grundlagen vorgestellt werden. Außerdem werden die Verhandlungen der Monitoring-AG, die nach der Gießener Erklärung

viele Reformprozesse angestoßen und überwacht haben, skizziert. So gibt es zum Beispiel durch die Änderung der Allgemeinen Bestimmungen die neue Regelung zur Anwesenheitspflicht. Ein weiterer Workshop beschäftigt sich mit dem Thema QSL (Mittel zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre), die als Studiengebührenersatzmittel vom Land bereitgestellt werden und von jedem Mitglied der Hochschule beantragt werden können.

Diese Workshops sollen einen groben Überblick geben, welche Möglichkeiten genutzt werden können, um dem Traum eines selbstbestimmten Studiums etwas näher zu kommen.

Die HelferInnen-Datenbank – Ein erstes Resümee

Ein Beitrag von Lucas Proehl

Seit Mitte des vergangenen Jahres benutzt der AStA die sogenannte HelferInnen-Datenbank, in die sich Studierende eintragen können, um sich für Tätigkeiten wie Plakate aufhängen und Flyer verteilen zu bewerben. Für diese Beschäftigung im „Dienste“ der Verfassten Studierendenschaft zahlt der AStA 8 Euro pro Stunde. Nach einem guten halben Jahr ist es Zeit, ein erstes Resümee anhand eines Fragekataloges zu ziehen. Dafür wurden die Referenten des Referates für Öffentlichkeit & Transparenz interviewt. Das Interview führten Ben Morgan und Ivan Lappo-Danilevski. Beide haben sich bislang noch nicht über die HelferInnen-Datenbank für Tätigkeiten beworben.

Ivan: Wie viele Personen haben sich bislang angemeldet?

Lucas Proehl: Bei Redaktionsschluss waren knapp über 200 Personen in die HelferInnen-Datenbank eingetragen – Tendenz steigend! Das Verhältnis von Studentinnen und Studenten ist ziemlich ausgeglichen.

Ben: Wie ist die Rückmeldung seitens der eingetragenen Personen bei HelferInnen-Jobs?

Jonas Scholz: In den ersten Wochen war die Rückmeldung mäßig, so dass des Öfteren noch auf die „altmodische“ Methode (Studierende anrufen und fragen) zurückgegriffen werden musste. Seitdem gibt es auf nahezu alle unsere eingetragenen Angebote mehr Bewerbungen als freie HelferInnen-Stunden – was natürlich hervorragend ist!

Ben: Gab es bislang Probleme mit HelferInnen, die für den AStA gearbeitet haben?

Daniel Holzacker: Bislang gab es keine nennenswerten Probleme mit den Personen, die für uns HelferInnen-Jobs erledigt

haben. Vereinzelt haben sich HelferInnen, die das Losverfahren „gewonnen“ haben, nicht mehr zurückgemeldet, oder es wurde vergessen, verteilte Flyer wieder einzusammeln. Bei schweren Verstößen haben wir natürlich die Möglichkeit, eine Person zu sperren. Das war jedoch noch nicht notwendig!

Ivan: Gab es technische Probleme, z.B. mit dem Losverfahren oder der Homepage?

Lucas Proehl: Es gab auch hierbei keine größeren Schwierigkeiten. Anfangs meldeten sich einige Personen per E-Mail zurück, die sich zunächst nicht eintragen konnten. Bemerkte haben wir, dass einige Personen mehr Losglück hatten als andere! Allerdings haben sich auch einige Studierende auf deutlich mehr HelferInnen-Jobs beworben als andere Personen.

Hier stellt sich nun abschließend die Frage, ob sich die HelferInnen-Datenbank lohnt und bewährt hat: Die Antwort lautet ganz klar: Ja! Die Rückmeldung ist im Großen und Ganzen sehr positiv.

Mit dieser Datenbank ist es gelungen allen Studierenden gleiche Zugangsmöglichkeiten zu Jobs des AStA zu gewähren. Da dieser die gesamte Studierendenschaft vertritt, gibt es kein vernünftiges Argument, weshalb, wie es zuvor der Fall war, die Übernahme solcher Jobangebote davon abhängig sein sollte, ob jemand Mitglieder des AStA persönlich kennt oder nicht.

Dieser Vetternwirtschaft ist nun ein Riegel vorgeschoben und dies kann als ein großer Erfolg für die gesamte Studierendenschaft der JLU gewertet werden!

Zu finden ist die HelferInnen-Datenbank unter:

<http://helfer.asta-giessen.de/>

Bildung besser machen

Bildung besser machen

Ein Beitrag von Anna Gäde

Da der Bildungsetat immer weiter gekürzt wird und das bestehende Bildungssystem nicht zur Persönlichkeitsentwicklung beiträgt, sondern das Gegenteil, die Interessen der Wirtschaft fördert, entwickelte sich bei einigen Schüler*innen und Studierenden im letzten Sommer die Idee auf die Missstände aufmerksam zu machen, sich in die Debatten einzubringen und Änderungen herbeizuführen.

Also schlossen sie sich aus Unzufriedenheit über die bestehenden Bildungsverhältnisse im September zum Offenen Bildungsbündnis Gießen (O.Bi.Bü.Gi.) zusammen. Sie wollen langfristig zusammenarbeiten und sich inhaltlich mit der aktuellen Bildungspolitik auseinandersetzen. Das Bündnis möchte gesellschaftsübergreifend agieren und von der einseitigen Form des Bildungsstreiks weg, welcher sich oft auf einen kurzen Zeitraum im Herbst erstreckt, hin zu einer konstanten Präsenz.

Besonders, da bei den Schüler*innen selten eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Bildungspolitik stattfand, möchte das Bündnis mit kreativen Mobilisierungsaktionen das Interesse der Betroffenen wecken.



Im Oktober und November startete das Bündnis u.a. einen Flashmob am Philosophikum und Infostände an verschiedenen Schulen Gießens.

Um eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen, plante das Bündnis für den 17. November 2010 eine Demonstration für bessere Bedingungen in Schulen und Universitäten.

Mit verschiedensten Redebeiträgen von Schüler*innen und Studierenden begleitet, begann der Tag mit einem „Spaziergang zur Demo“ am Philosophikum, führte von dort über die Ostschule und die FH zum Kirchplatz. An jedem Halt kamen mehr Menschen dazu. Am Kirchplatz wurde die Demonstration dann ganz offiziell mit einem Redebeitrag eines Studierenden und eines Auszubildenden eröffnet. Mit der immer noch wachsenden Anzahl von Mitdemonstrierenden ging es weiter am Unihauptgebäude vorbei. Der obligatorische Zwischenhalt auf dem Berliner Platz dauerte, wegen akuter Schwächeanfälle einiger Anwesenden, die sich erst mal setzen mussten, etwas länger als geplant. Doch nach ca. 20 Minuten ging es auch von hier aus weiter und nach einem spontanen Redebeitrag an der Liebigsschule zog der Zug zurück zum Philosophikum.

Und auch nach diesem langen Marsch gab es immer noch Menschen, die der Meinung waren, dass sie sich noch nicht genug bewegt hätten und sich deshalb noch auf einen kleinen Spaziergang durch das an das Phil I angrenzende Wohnviertel begaben. Dort befanden sich erstaunlicherweise einige Polizisten, die die Spazierenden genau beobachteten. Warum ließ sich bis heute nicht klären, aber vielleicht ist es ja schon strafbar seine Schuhe zu suchen...?

Insgesamt war das Bündnis zufrieden mit dem, vor allem friedlichen, Verlauf der Demonstration. Und da es der eigentliche Zweck war, mehr Menschen aufmerksam zu machen und zum Mitmachen zu bewegen freut sich das O.Bi.Bü.Gi. natürlich immer noch über engagierte Schüler*innen, Auszubildende oder Studierende, die Lust haben, sich und ihre Ideen einzubringen. Kontakt und Informationen findet ihr unter **bildung-macht-aufruhr.de**

Jugendkonferenz des Mittelhessischen Jugendbündnisses

Ein Beitrag von Anna Gäde

Im Spätsommer des letzten Jahres gründete sich aus Initiative des DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) und der IGM (IG Metall) heraus das Mittelhessische Jugendbündnis als eine bunte Mischung von politisch interessierten Schüler*innen, Studierenden und Auszubildenden. Hier zählt jedoch nicht die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft, sondern nur der Wille sich zu engagieren und etwas verändern zu wollen.

Als großen Startschuss für die auch weiterhin geplante Zusammenarbeit bereitete das Bündnis eine Jugendkonferenz im Gießener Kongresszentrum vor. Aus Empörung über die miserablen Verhältnisse im Bildungs- und Ausbildungsbereich bekam die Veranstaltung den Namen „Ey, geht's noch?“

Am 23. Oktober fanden sich dann am Morgen nach und nach Jugendliche und junge Erwachsene, die an den verschiedensten



Foto: DGB

Bildung besser machen / Wahldesaster an der FH

Workshops teilnehmen wollten, ein.

Zu Beginn der Konferenz stellten die Leiter*innen sich und ihre Workshops vor. Die Teilnehmer*innen der Konferenz konnten frei wählen, bei welchem der Workshops sie mitmachen wollten. Doch bevor die Workshopphase eingeleitet wurde, gab es verschiedene Grußworte und Eric Leiderer (IGM) hielt ein Auftaktreferat zu neuer Protestkultur. Darauf folgte eine Mittagspause, in welcher sich die Teilnehmer*innen, welche aus verschiedensten Ecken Mittelhessens kamen, rege austauschten und von sich und ihren Aktivitäten erzählten. Nach dem Mittagessen ging es in die Workshopphase - in den verschiedenen Arbeitsgruppen ging es u.a. um Bildungspolitik, das Sparpaket und Zukunftsutopien und -wünsche. Jede Gruppe erarbeitete Ergebnisse und Forderungen, die sie später im Plenum allen Teilnehmenden vorstellten.

Den Abschluss der Jugendkonferenz bildeten drei Kurzvorträge zu gelungenen Widerstandsaktionen, so z.B. ein kurzer Bericht aus dem AStA der JLU zu den erfolgreichen Protesten gegen die Studiengebühren und die damit verbundene Abschaffung dieser in Hessen. Um öffentlichkeitswirksame Ergebnisse festzuhalten, wurde zum Abschluss eine Resolution mit dem Schlusssatz „Wir wollen für echte



Foto: SSR

Lebensperspektiven kämpfen! Französische Verhältnisse statt amerikanischer Zustände!“ verabschiedet.

Um die in den Arbeitsgruppen erarbeiteten Forderungen auf die Straße zu tragen, starteten die Teilnehmenden und Referierenden im Anschluss an die Konferenz eine Spontandemonstration mit dem Motto „Die Krise gehört euch. Die Zukunft gehört uns. Dieser Kapitalismus gehört weg“ zum DGB-Haus.

Studierendenparlament an der FH-Gießen Friedberg gewählt: 25% - Hürde verfehlt

Ein Beitrag von Lucas Proehl

Im Dezember wurde an der Fachhochschule Gießen-Friedberg das Studierendenparlament gewählt. Erstmals seit Einführung der „25%-Hürde“ durch die Hessische Landesregierung, die erreicht werden muss, damit der Verfassten Studierendenschaft keine Finanzmittel gestrichen werden, ist hier bei einer Wahlbeteiligung von 24% die Hürde verfehlt worden. Das Ergebnis der Wahlbeteiligung ist, dass die Studierenden an der FH künftig 5% weniger Finanzmittel zur Verfügung haben werden, welche die Fachhochschule einbehalten muss. Wahlsieger sind die „Gießen-Friedberger“ mit nun 11 von 21 Sitzen vor der neuen

„Fachschaften“-Listen mit 7 Sitzen und den „Multikultis“ mit 3 Sitzen. Die ebenfalls neue Liste „λ“(Lambda) erreichte nicht genügend Stimmen und ging leer aus.

Die letzte AStA-Koalition bestand aus den Hochschulgruppen „Gießen-Friedberger“, der CDU-nahen Hochschulgruppe RCDS und der „Multikulti“-Liste. Sowohl der RCDS, als die noch bis zum letzten Jahr im AStA vertretene Demokratische Linke sind zu den letzten Wahlen nicht mehr angetreten.

Das Wahlergebnis ist in Hinblick auf die kommenden Hochschulwahlen an der JLU Gießen auch deshalb brisant, weil die FH Gießen-Friedberg traditionell eine eher höhere Wahlbeteiligung bei den Hochschulwahlen erzielte (ca. 27-28%), als die JLU. Sowohl RCDS als auch „Gießen-Friedberger“ haben den Anspruch, den AStA in eine reine Service-Einrichtung umzuwandeln und hatten dafür auch (z.B. seitens der Homepage des FH-RCDS) öffentlich geworben. Es bleibt abzuwarten, wie die „Gießen-Friedberger“ mit der erzielten absoluten Mehrheit umgehen werden und ob die institutionelle Zerstörung der Studierendenvertretung in diesem Jahr weiter vorangetrieben werden soll.



Düstere Zeiten im FH-AStA?

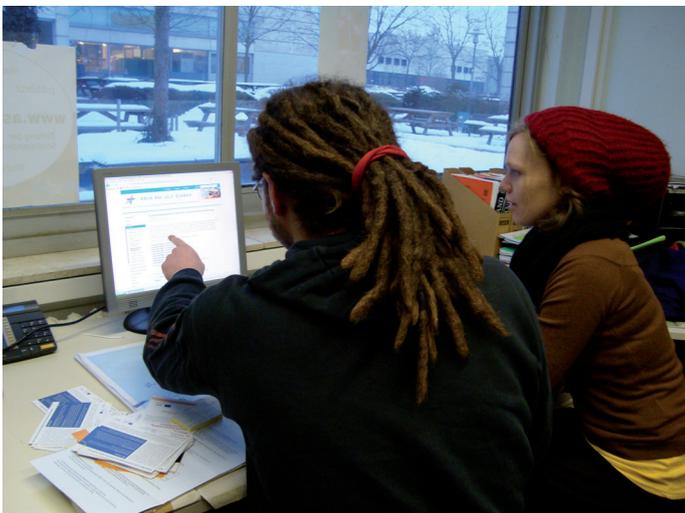
Freie Software

PCs mit Ubuntu: Der AStA setzt vermehrt auf freie Software

Ein Beitrag von Lucas Proehl

Der Allgemeine Studierendenausschuss setzt seit Bestehen der aktuellen Koalition vermehrt auf die Verwendung von lizenzfreier und folglich kostenloser Software, allem voran Linux Ubuntu. Bereits zwei Fachschafts-PCs wurden mit dem Betriebssystem Ubuntu bestückt, zwei weitere Rechner im AStA laufen unter der (Linux) IGEL Technologie.

Zugegeben: Es gibt Argumente gegen die Verwendung von Linux als alternatives Betriebssystem zu Windows, dem Weltmarktführer der Firma Microsoft. Viele Personen, dazu zähle ich mich auch, haben im Verlaufe der Jahre den Umgang mit Windows – sei es 3.11 (ja tatsächlich, ich bin 24 und kenne es noch!), 98, XP oder Windows 7 – so stark verinnerlicht, dass eine Umstellung auf ein anderes Betriebssystem zunächst unnötig und mühselig erscheint. Statt Office 2010 werden Texte mit OpenOffice verfasst und die bekannten Grafiksoftwares à la Photoshop oder InDesign weichen einem Open-Source¹-Bearbeitungsprogramm. Zunächst muss der Umgang mit der Oberfläche des Betriebssystems gelernt werden, was allerdings bei genauer Betrachtung kein größeres Problem darstellt: Auch auf einem Linux-PC ist es durchaus möglich, eine Firefox-Verlinkung anzuklicken und – es ist kaum zu fassen – an das Herunterfahren des PCs über einen Knopf oben rechts statt unten links kann mensch sich relativ schnell gewöhnen! Sogar Musik lässt sich über die Oberfläche von Linux abspielen, wobei sich dies in einem arbeitswütigen AStA wie dem unsrigen natürlich nur auf politische Redebeiträge beschränkt, versteht sich!



Keine Probleme bei der Verwendung von freier Software im AStA

1 Interessante Erläuterungen über „Open Source“ im Gegensatz zu „freier Software“ finden sich übrigens unter <http://www.gnu.org/philosophy/free-software-for-freedom.de.html>, ich verwende die Begriffe auch skandalöserweise kongruent.

Anders als z.B. mein Kollege Adam Czapelka, der seit Kleinauf mit Linux-Distributionen aufgewachsen ist, halte ich das „Terminal“ schon für umständlich im Umgang als Anfänger: Befehle werden noch wie in alten MS-Dos-Zeiten per Hand eingegeben, wenn ein Programm installiert wird, sieht das dann z.B. so aus: „sudo apt-get install skype“. Aber zum Glück für viele Personen ist es in den neueren Versionen von Ubuntu inzwischen nicht mehr notwendig, diesen Weg der Installationen oder Updates zu gehen. Toll an Linux finde ich persönlich, dass die Verwendung eines Anti-Viren-Programmes oder eine Firewall, die extra aus dem Internet geladen werden muss, dort nicht notwendig ist: Es gibt nahezu keine ernstzunehmenden Schädlingsprogramme oder Viren für Linux, was einen enormen Sicherheitsvorteil zur Folge hat.² Auch eine Defragmentierung des Systems, wie sie bei Windows notwendig ist, um das System schneller zu machen, ist deshalb nicht wirklich nötig, da bei Linux kaum Fragmente durch Löschen, Kopieren und Installieren entstehen. Regelmäßige Updates, die aufzeigen, WAS genau erneuert wird, vermitteln mir das Gefühl, dass auf Probleme oder Sicherheitslücken schneller reagiert wird als im Falle von Windows. Wer über Linux z.B. Spiele spielen will, die hauptsächlich für Windows ausgelegt sind, kann dies über den Windows-Simulator „Wine“ ebenfalls tun.

Über die vermeintliche Boshaftigkeit von Microsoft oder Bill Gates möchte ich an dieser gar nicht urteilen, das können andere Personen gerne tun. Mir geht es vor allem darum, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es legale und kostenlose Alternativen zu den teuren Produkten von Microsoft, aber auch Apple gibt, mit denen jeder Mensch, der schon einmal einen PC bedient hat, durchaus umgehen kann. Es spart schlichtweg eine Menge Geld, wenn statt teuren Lizenzgebühren bis über 100 Euro auf ein kostenloses Betriebssystem zugegriffen wird. Das sind Mehrkosten, die in diesem Zusammenhang z.B. bei einem Neu-Erwerb eines PCs der Verfassten Studierendenschaft – also indirekt allen Studierenden an der Uni – entstehen. Wir können problemlos dauerhaft auf diese Mehrkosten verzichten und haben dennoch voll funktionstüchtige PCs und Programme, wenn sich auch künftige ASten mehr und mehr für freie Software entscheiden! Dies geschieht übrigens inzwischen auch verstärkt in nationalen und kommunalen Verwaltungen wie in Venezuela und in verschiedenen Gemeinden in Deutschland wie z.B. in der Stadt München. Auch das HRZ benutzt erste Rechner unter Linux.³ Also worauf warten wir?

Die aktuelle und natürlich kostenlose Version von Linux Ubuntu findet ihr unter anderem unter: <http://wiki.ubuntuusers.de/Downloads>

2 Siehe z.B. http://news.jensbenecke.de/story/795_viren-unter-linux-nein.html.

3 Siehe: <http://www.benny.de/foss-verwaltung-2010.pdf> (Seite 63-75) und <http://www.uni-giessen.de/cms/fbz/svc/hrz/svc/software/linux-software>. Mit Dank an Benjamin Hagemann.

Diskriminierung bekämpfen

Diskriminierung bekämpfen / Inklusion durchsetzen

Ein Beitrag von Alexander Busam

Anlässlich des internationalen Tags der Menschen mit Behinderung im Dezember 2010 fordert der Arbeitskreis Disability Studies alle staatlichen, gesellschaftlichen und privaten AkteurInnen dazu auf, Diskriminierung zu bekämpfen und Inklusion durchzusetzen. „Die Inklusion, eine Gesellschaft mit gerechter Teilhabe am Leben, ist Menschenrecht und muss überall durchgesetzt werden, auch an einer Hochschule“, fordert Arbeitskreisleiter Alexander Busam. Deshalb müsse endlich konsequent und ohne falsche Rücksichtnahme Diskriminierung und Ausgrenzung bekämpft werden. Zu diesem Zweck sammelt der Arbeitskreis in seinem Projekt „Archiv zur Diskriminierung anderer Menschen“ einzelne Vorfälle sowie strukturbildende Maßnahmen und wertet diese aus. Die wichtigsten Informationen werden dann durch das Projekt „Ratgeber Studium und Behinderung“ in die Beratungspraxis eingebracht. Wichtig sind die beiden Projekte auch aufgrund der Tatsache, dass von den Studierenden an der JLU und am Fachbereich 03 fünf Prozent stark und weitere 19 Prozent teilweise betroffen sind von Einschränkungen.

Wie die Erfahrungen aus den letzten Monaten zeigen sind die Anstrengungen der Selbsthilfe in Bereich des Diskriminierungsschutzes notwendiger denn je. Die bisher vorhandenen Strukturen leisten diesen Schutz in keiner Weise. Es scheint für die meisten Verantwortlichen in Ordnung zu sein, dass die Informationspolitik hinsichtlich der Rechte von Menschen mit Behinderung nicht vorhanden ist. Selbst in Zeiten, wo an den Schulen

um die beste Variante einer inklusiven Bildung gestritten wird, findet eine Diskussion an den Hochschulen nahezu nicht statt. Bei Debatten mit Hochschulleitung oder anderen Verantwortlichen wird das Wort Inklusion nicht in den Mund genommen.

Der Arbeitskreis Disability Studies befindet sich auch organisatorisch in Auseinandersetzungen mit dem Dekanat des Fachbereichs 03 und mit dem Präsidium. Im Oktober 2010 kam unvorhergesehen die Einfrierung der schon bewilligten Gelder. Zum Teil wurde dieses ungerechtfertigte Vorgehen des Dekanats wieder zurückgenommen. Ein Teil der Gelder, die sowieso nur für ein Jahr vorhanden sind, ist immer noch auf Eis gelegt. „Sehr oft wurden wir während der vergangenen Förderperiode in unserer Arbeit behindert“, erklärt Busam. Gebuchte Seminarräume waren abgeschlossen, notwendige Zugänge zu Informationen und Strukturen wurden nicht genehmigt und Absprachen nicht eingehalten. In den Vergabeverfahren kam es zu ungerechtfertigten Einlassungen des Dekanats des Fachbereichs 03. Obwohl die Dekanate im zentralen Vergabeverfahren zu den Studiengebührenersatzmitteln keine AkteurInnen sind und eigentlich auch nie gehört werden, verhinderte das Dekanat des Fachbereichs 03 mit einer Blutgrätsche wichtige Projekte. Natürlich erfolgte dies ohne mit den Betroffenen zu reden.

Diese Kultur der strukturellen Diskriminierung durch die Uni und den Fachbereich muss aufgedeckt und entlarvt werden, nicht nur im Einzelfall. Deshalb wird der Arbeitskreis in den nächsten Monaten mit Plakaten und Flugblättern über die Rechte der Betroffenen aufklären. Es ist nicht mehr hinnehmbar, dass Menschen- und Grundrechte an einer Hochschule ausgeblendet werden. Die Hochschule konnte sich bisher darauf verlassen, dass die meisten Studierenden entweder aus Unkenntnis oder aus Angst vor Repressionen nicht gegen ihre Nachteile vorgehen. Das muss sich ändern, falls nötig müssen Musterprozesse gegen die Hochschule geführt werden.

Die bisherigen Erfolge im Bereich der Behindertenpolitik an der Uni Gießen gehen gänzlich zurück auf Initiativen des autonomen Behindertenreferats und des Arbeitskreises Disability Studies. Es gibt seitens der eigentlich Verantwortlichen kaum ein Engagement in diesem Bereich. Über die bisherige und aktuelle Arbeit kann sich der Leser auf der Homepage des Arbeitskreises unter www.disability-giessen.de informieren.



Behindere mich nicht!

Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives [inklusives] Bildungssystem auf allen Ebenen

Im gesamten Prüfungsverfahren ist auf die Art und Schwere einer Behinderung oder chronischen Erkrankung Rücksicht zu nehmen.

Nein, das sind nicht unsere Forderung, es ist geltendes Recht!

Informiert Euch unter: www.disability-giessen.de

V.i.S.d.P.: Alexander Busam

gefördert von:



Nicht Allein!

In Ketten gelegen, will ich mich beleben und neben mir jeden in Freiheit erheben.
Gefangen im Geiste, verpasst du das Meiste.
Gezwungenermaßen auf einsamen Straßen
Allein auf dem Weg, auch wenn du's verstehst, Einigkeit fehlt, Einsamkeit steht.
Drum seht, was lebt und geht tut's weh...

Zu viele sprechen nie, skurrile Energie, in subtiler Synergie steckt nur labile Sympathie,
ein Teil von mir doch wie,
befrei' ich meinen Geist, wenn ich noch nicht mal weiß
wer ihn hält, oh Welt.

So schnell und hell und schwer und leer...
Steckst voller Fragen, die mich plagen, was soll ich sagen, kann doch nicht klagen.
Steck' voller Fehler, wie ein jeder, bin drum kein Kläger, dumm schon eher...

Doch ich fühl' mich nicht schwer und ich fühl' mich nicht leer.
Ich kenne den Weg, der sich in sich dreht:
Eindeutig ist nichts verdeutliche ich, bereue ich mich, wenn dann nur im Licht.

Du strahlst mir entgegen, allein schon dein Wesen, verlier' mich in Gesten, versuch mich in
Späßen.

Deine Welt gefällt.
Nimmst du mich an geh'n wir zu zweit, tu was ich kann das es so bleibt, denn wahres Glück
heißt Zweisamkeit.
Freiheit lebt durch Einigkeit.

von Tobias Welz

Ohne Fenster

Es ist ja so:
Wenn mir das Leben
immer das gibt,
was ich nicht haben will,
dann mache ich das,
was ich nicht machen will.

Uhren können ticken.
Wasser kann fließen.
Das ist auch alles gut so.

Aber ich kann nicht ticken.
Ich kann nicht fließen.
Ich bin mehr wie ein Boot,
das nicht zerbrechen will
und es deswegen
quasi automatisch
trotzdem tut.

Dominik Opalka

Ode an die Droge

Du allein bist meine Droge,
brauche dich schon jeden Tag,
fühl mich zu dir hingezogen,
häng dir an wie Zahnbelag.

Erst letztens flog ich übers Meer,
erzählte mit den Bäumen,
war dann doch zwei Tonnen schwer,
und fiel aus meinen Träumen.

Der Aufprall war recht hart und doll,
schon wieder floss das Blut,
dann stopft' ich mich mit Drogen voll,
und schon wars wieder gut.

Wir beide waren nackt am Teich,
und sammelten Kastanien,
da wurde dir das Herz ganz weich,
du brachtest mir Geranien.

Doch wieder war es nur ein Traum,
geseh'n grad im Delirium,
wahr werden, tja das wird's wohl kaum,
das find ich schad' und ziemlich dumm.

Lovis Fricke

Leben an sich

Ich will reden über's Leben an sich.
Ich will reden, doch nur wenn's Wesentlich ist.
Lass mich sehen, was dieses Wesentlich ist,
Und ich will reden über's Leben und dich.

Tobias Welz

Das Nikolausgedicht

Der Nikolaus, der Nikolaus,
hat lange Haare, weiß und kraus.
Auf dem Kopf die rote Mütze,
dass sie ihn vor der Kälte schütze –
kommt er mit Geschenken an,
schneller als der Weihnachtsmann.

Lovis Fricke

1. Semester

müde
als expressiver?
sicher
zwischen den Seilen
ohne Takt, Ton, nur Musik
Struktur ohne der Struktur
willen.

Erforscht.
Und dann die Sintflut
für das Potential
hinreichend nicht notwendig
Ich bin so nicht

Ich bin so nicht.

Dominik Opalka

Ohne Scham...

Ohne Scham und ohne Grund
wirklich lahm, mit vollem Schlund
Erbarm Dich doch, Du Höllenhund.

Strahlend und pompös
gibst Dich prahlend generös
innerlich verfallen, ganz porös.

Du hast kein Herz das brechen kann
weder auf der Zunge noch in Deinem Busen,
es wundert mich, weshalb nicht irgendwann
die Leute nach dem Notarzt rufen.

Majestätisch und ganz Königshaus
strahlst Du eine Ehre aus
die Dir nicht gebührt
und mich, in Verzweiflung, zu Tränen rührt.

Soviele Menschen tagtäglich kommen
sich in Deinem berühmten Schein zu sonnen-
natürlich und ganz sicher sehen sie nicht,
wie langsam Dir der Mörtel bricht.

Nicht mehr lange darf es dauern
bis sie endlich bersten, Deine Mauern
der falschen falschen Gastronomie
lass Dir ein Herz wachsen – jetzt und niemals nie!

So sehr vermiss ich Ehrlichkeit,
die echte, wahre Gastlichkeit
bei der man ohne Angst wissen kann,
nicht in einem Beruf zu darben
der täglich Herzen zerreisst
ohne selbst eines zu haben.

Arthur Liter

Der kleine Frosch

Ein kleines Mädchen hüpfte auf mich zu.
Sie sagt: "Hast du heute schon was gelernt?"
Ich antworte: "Nein, aber ich bin auch nicht mehr in der Schule."
Sie sagt: "Wenn man einen Frosch küsst, verwandelt er sich in einen Schmetterling."
Ich sage: "Das stimmt nicht. Er verwandelt sich in einen Prinzen."
Sie lächelt und sagt: "Wenn er sich in einen Prinzen verwandeln kann, dann kann er sich auch in einen Schmetterling verwandeln."
Dann hüpfte sie weiter.

Tobias Welz

Gender-Terror Deluxe?

Gender-Terror Deluxe? – ein kleiner Beitrag zur geschlechtergerechten Sprache

von Katharina Payk

"Sehr geehrte Herren Professoren", so wurde vor einigen Jahren noch das ein oder andere Institut angeschrieben, wie mir eine meiner Professorinnen erzählte. Diese Anrede ist ein hervorragendes Beispiel für wahrhaft offensichtlichen und transparenten Ausschluss von Frauen in der Sprache. Eine Professorin, die einen Brief mit solch einer Anrede empfängt, fühlt sich nicht nur angesprochen, sie soll es schlichtweg wahrscheinlich auch nicht. Der Absender hat vermutlich nicht gewusst, dass das Institut, das er anscrieb, überwiegend aus Professorinnen bestand und konnte sich offensichtlich nicht vorstellen, dass Frauen überhaupt Professorinnen sein können.

Sprache bildet eine Wirklichkeit ab, die Wirklichkeit der Sprecherin/Schreiberin oder des Sprechers/Schreibers. Gleichwohl schafft Sprache aber auch Wirklichkeit. Wie wir uns ausdrücken hat vor allem da gesellschaftliche und politische Relevanz, wo es um den Ausschluss und die Diskriminierung von marginalisierten Gruppen geht. So weise ich nicht nur in meiner Jugendarbeit oft darauf hin, was es mit Betroffenen macht, wenn etwas Schlechtes als "behindert" oder "schwul" bezeichnet wird. Auch das Wort "dämlich" habe ich bereits vor vielen Jahren aus meinem Wortschatz gestrichen, als eine frühere Lehrerin mich darauf aufmerksam machte, wie krass der Unterschied zu seinem Komplementär "herrlich" doch ist.

Warum gibt es eigentlich keine Arzthelfer und Krankenbrüder? Und warum ist der Sekretär erst seit Kurzen, seitdem der AStA eine männliche Bürokraft hat, nicht mehr ein meist antikes Schmuckstück im Arbeitszimmer -im Gegensatz zur Sekretärin, die meist einem männlichen Chef zuarbeitet und auch schon mal das eine oder andere degradierende Klischeebild über sich ergehen lassen muss.

Die großartige Sprachwissenschaftlerin Luise F. Pusch schlug meinen Kolleginnen respektive Freundinnen und mir einst in einer Glosse vor, statt aus der männlichen Form (generisches Maskulinum) etwas weibliches Anderes zu bilden, es einmal umzudrehen und das Männliche als das Abweichende zu beschreiben: Statt aus "Azubi" eine "Azubine" zu machen, sollten wir es einmal ausprobieren, aus "Azubi" (weiblich) einen "Azubier" (männlich) zu machen. Das "-bine" erinnert an eine "flotte Biene" und klingt verniedlicht. Warum also dem männlichen Auszubildenden nicht einmal ein Bier anhängen?!

Das sind jedoch spannende Exkurse mit einzelnen Wörtern im Gegensatz zur generellen Problematik mit der geschlechtergerechten Sprache. Warum soll überhaupt gegendert werden? Ist es nicht völlig in Ordnung, wenn ich "die Studenten" sage und mich als Frau inkludiere und ein Mann keine Frauen damit ausschließen möchte? Sicherlich gibt es Gesellschaften und Utopien, in denen es an Gerechtigkeit und Chancengleichheit der Geschlechter nicht mangelt. In diesen ist meines Erachtens eine ursprünglich männliche Form für alle Geschlechter denkbar. Studien hiezulande zeigen jedoch, dass sich unter "Arzt" aber die Mehrheit der Menschen keine Frau vorstellt, ebenso wenig wie unter "Lehrer" und extremer noch "Mechaniker". In der Geschichte der Schweiz führte ein Artikel in der Verfassung, der alle Schweizer zum Wählen berechtigt, dazu, dass Schweize-

rinnen bis 1971 vom Stimmrecht ausgeschlossen blieben, u. a. weil die Gegnerinnen und Gegner darauf verwiesen, dass unter "Schweizer" nur Männer gemeint sind.

Warum weigern sich also immer noch so viele Menschen, sich der Fortschritte der deutschen Sprache, die sich wie alle Sprachen stets im Wandel befindet, zu bedienen?

Neutra wie "Studierende", "Mitarbeitende", "Lehrkräfte" usw. haben nicht nur den Vorteil, dass hier beide Geschlechter inkludiert sind, sondern auch, dass sie die Menschen ansprechen, die nicht in die dichotomen Kategorien "Mann" oder "Frau" passen (wollen) oder sich nicht auf eine der beiden festlegen wollen oder Geschlechtergrenzen allgemein ablehnen. Dazu (können) gehören: Transgender-Menschen, Transsexuelle, Intersexuelle und viele andere.

Eine andere innovative Variante des Genderns schließt auch diese Menschen mit ein: Statt des mittlerweile wohl allseits bekannten, dennoch im profanen öffentlichen Schriftverkehr kaum verwandten, Binnen-I ("StudentInnen", "LehrerInnen"), verwendet die/der geschlechter- und identitätensensible Schreiber_in und Sprecher_in den Unterstrich ("Professor_in"), welcher das Gender-Gap, den gesellschaftlich konstruierten Graben zwischen den Geschlechtern, symbolisiert und auch alle Menschen zwischen den zwei "gängigen" Geschlechtern, einschließt. Auch die Variante, die das explizit Feministische am Gendern nicht vergessen will, existiert hier: Das Binnen-I bleibt trotz Unterstrich bestehen: "Zugführer_Innen".

Übrigens darf der Unterstrich auch gegen ein Sternchen ausgetauscht werden - der Sinn bleibt der gleiche: "Manager*innen". Wem Wörter wie "jemand" oder "niemand" zu sehr nach "Mann" klingen, konstruiere lieber neutrale Sätze mit "alle" oder "keine_r". In der selbstbewussten geschlechtersensiblen Sprach-Community sagen wir auch durchaus "frau" statt "man" oder sprechen beides aus.

Aus "Mitgliedern" "MitgliederInnen" zu machen, geht mir wiederum zu weit, handelt es sich doch hier um ein Neutrum ("das Mitglied").

Die deutsche Sprache beinhaltet also eine Vielzahl an Möglichkeiten zur gerechten Sprachbildung. Warum also sollten wir uns derer nicht bedienen! Seid kreativ und befreit euch aus ungerichten Sprachgewohnheiten und einem überholten Androzentrismus – auch und gerade in der Sprache!



Blick über den Tellerrand

Schulden bremsen und so Hessen gegen die Wand fahren?

Ein Beitrag von Valentin Hemberger

Schluss mit neuen Schulden – Nach einem Vorschlag der CDU/FDP- Landesregierung in Hessen soll ab 2020 die Aufnahme von Krediten zur Finanzierung verschiedener Landesinvestitionen untersagt sein: Die Maßnahme sei „ohne Alternative“¹, der CDU-Fraktionsvorsitzende Christean Wagner unlängst - einen Blankoscheck für unsoziale Sparorgien befürchten hingegen Gewerkschaften und Sozialverbände.

Die hessische Schuldenbremse – Wozu eigentlich?

Keine neuen Schulden? Den Staatsbankrott vermeiden! Hört sich doch beides erst einmal recht gut an – dachte sich auch die Große Koalition im Jahr 2009, als sie kurz vor ihrem seligen Ableben noch eine bundesdeutsche Schuldenbremse in das Grundgesetz schreiben ließ. Demnach soll dem Bund ab 2016 nicht mehr als 0,35% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) als Kredite aufnehmen, um Investitionen und laufende Kosten zu decken² und die Bundesländer haben sogar bis 2020 Zeit, ihren Haushalt ohne die bisher tragende Säule der Neuverschuldung aufzustellen. Mit dieser von oben diktierten Schuldenbremse zeigte sich Schleswig-Holstein, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern allerdings nicht einverstanden und pochten, deutschen Föderalismus sei Dank, auf ihre Haushaltshoheit. Die rechtliche Unsicherheit, auf der die im GG verankerte Schuldenbremse aufbaut, erkannte auch die hessische CDU-Landesregierung, die sich in der Vergangenheit immer wieder als Avantgarde eines strikten Sparkurs angepriesen hat - die 30 Millionen Euro Einsparungen im Hochschulbereich 2010 unterstreichen eindrucksvoll die Kahlschlagsphilosophie der CDU-Regierung. Um auf jeden Fall die hessische Bevölkerung mit der Schuldenbremse beglücken zu können, wagten sich Christdemokraten und Liberale in die Untiefen der plebiszitären Demokratie und erhoffen sich mit einer Volksabstimmung am 27. März 2011 ein „breites öffentliches Bewusstsein für die Notwendigkeit des Sparen herzustellen“³, so Christean Wagner, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Das „alternativlose“ Projekt, dass nur noch im Fall von Wirtschaftskrisen und Naturkatastrophen eine erhöhte Neuverschuldung zulassen würde, soll Hessen „generationsengerecht und zukunftsicher“ machen, verkünden die Christdemokraten. Hesse, was willst du mehr: Schulden für immer verboten (die Armut wird wohl auch bald gesetzlich abgeschafft), der Generationsfrieden gesichert und mit der Volksabstimmung eine eingezäunte Spielwiese für den braven bürgerlichen Demokraten geschaffen!

Die Schuldenbremse in ihrem Lauf ...

... hält weder Ochs noch Esel auf? In einer machtvollen Demonstration ra(s)tlosen Kämpfertums verlor sich die hessische SPD auf ihrem Landesparteitag in Gießen Ende November: Mit großer Mehrheit stimmte man der Einführung einer Schuldenbremse zu, verlangte aber gleichzeitig, dass die Einnahmenseite gestärkt werden müsse und man der Gefahr des Sozialabbaus Einhalt gebieten müsse. Kritische Stimme gewerkschaftsnaher

1 Christean Wagner: Konsequenter Einsatz der christlich-liberalen Koalition für Schuldenbremse hat sich ausgezahlt“, URL: <<http://www.cduhessen.de/home.html>> (aufgerufen am 22. Dezember 2010).

2 URL: <<http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2009/schuldenbremse.pdf>>(aufgerufen am 23. Dezember 2010)

3 Wagner, Schuldenbremse.

Genossen oder der Jusos blieben ungehört. In mehrwöchigen Gesprächen einigten sich Landesregierung und die Oppositionsparteien SPD und Bündnis90/Die Grünen auf einen Kompromisstext, in welchem die beteiligten Parteien jeweils das Groß ihrer Vorschläge verwirklicht sahen. Am 15. Dezember 2010 verabschiedete der hessische Landtag die Änderungsvorlage des Artikel 141, der nach erfolgreiche Volksabstimmung wie folgt lauten soll: „Der Haushalt ist ungeachtet der Einnahmen- und Ausgabenverantwortung des Landtages und der Landesregierung grundsätzlich ohne Kredite auszugleichen.“⁴ Einzig die Fraktion der Linken stimmte gegen die Schuldenbremse und vertrat damit die Meinung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) sowie zahlreicher hessischer Sozialverbände. Nun beginnt der Kampf um die Öffentlichkeit: In den kommenden Wochen sollen die Hessen steuerfinanziert mit Broschüren indoktriniert werden, weshalb man am 27. März 2011 sein Kreuzchen ins Ja-Kästchen setzen soll. Ohne staatliche Zuwendungen, dafür mit viel Engagement haben bereits Gegner der Schuldenbremse eigene Informationsveranstaltungen angekündigt.

Was uns mit der Schuldenbremse blüht

Das Verbot der Neuaufnahme von Schulden ab dem Jahr 2010 kommt einer Selbstkastration in der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben des Staates gleich. Das Aufnehmen von Schulden gehört in der Privatwirtschaft einfach dazu und auch der Hauslebauer nimmt einen Kredit für seine Traumimmobilie auf. Der Staat soll nun auf eine der wichtigsten Stützen seiner Haushaltsgestaltung verzichten, weil sich die großen Parteien in Hessen einer Nationalökonomie verpflichtet fühlen, die die Metaphysik des Pokerspiels darstellt (frei nach Kurt Tucholsky). Hessen ist also ein Land gewaltiger Investitionen, die nichts als Schulden bringen? Keineswegs: Zwischen den Jahren 1992 und 2007 hat die konservative Landesregierung die Investitionen von 1,47 % des BIP auf 0,89% heruntergefahren⁵; es wurde Geld gespart und Leistung abgebaut: Ein Verlustgeschäft! Besonders dramatisch stellt sich der Investitionsstau im Bildungsbereich dar: Laut OECD-Studie für das Jahr 2009 liegen die Bildungsausgaben in der BRD mit 4,7% des BIP rund ein Prozent unter dem Durchschnitt, Tendenz fallend.⁶ Eine massive Privatisierungswelle (Deutsche Bundesbahn, Post, etc.) und ein Abbau der öffentlichen Beschäftigung haben ganz im Sinne der neoliberalen Ideologie den Staat an den Rand der Funktions- und Bedeutungslosigkeit gedrängt. Und dabei ist doch gerade die schuldenfinanzierte Investitionsfähigkeit des Staates Garant dafür, dass finanzielle Impulse an die Privatwirtschaft gegeben werden können und Deutschlands Ressource Nummer 1, die (Aus-) Bildung breiter Bevölkerungsschichten, gefördert werden kann. Schulden durch Investitionen haben ihren Sinn, wenn die Gelder für zukunftsträgliche Bereiche der Gesellschaft verwendet werden und dort ihren Mehrwert entfalten können. Ökonomisch wie sozialpolitisch ist ein pauschales Verbot der Kreditaufnahme fatal, lehrt uns doch die Vergangenheit, dass sich das Fehlen von Geldern immer zuerst negativ auf die soziale Fürsorgepflicht des Staates auswirkt.

Die Stärkung der Einnahmenseite ist nur ein Schritt in die rich-

4 Pitt von Bebenburg: Streit um Schuldenbremse, in: FR 16. Dezember 2010, URL: <<http://www.fr-online.de/rhein-main/kampf-um-saubere-finanzen/-/1472796/4971214/-/index.html>> (aufgerufen am 22. Dez. 2010, 20 Uhr).

5 Achim Truger, u.a.: Auswirkungen der Schuldenbremse auf die hessischen Landesfinanzen. Ergebnis von Simulationenrechnungen für den Zeitraum 2010 – 2020 (IMK Studies 6/2009), Düsseldorf 2009, S. 34f.

6 ebd. S. 24f.

Blick über den Tellerrand



tige Richtung: Ob die errechneten Mehreinnahmen dauerhaft ausreichen, das Instrument der Schuldenaufnahme überflüssig zu machen, ist in Frage zu stellen.

Das Maximalprogramm muss deshalb lauten: Auch in Zukunft muss der Staat Schulden machen dürfen, um sinnvolle Investitionen im sozialen, infrastrukturellen oder bildungspolitischen Bereich bestreiten zu können; die Einnahmenseite muss verbessert werden (z.B. Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer, Vermögenssteuer, Einstampfen von Steuergeschenken für Großunternehmen); die Wirtschaft muss der Gesellschaft dienen (Mehrwert muss durch Vergesellschaftung allen Teilen der Bevölkerung dienen). Staat können allerdings nur wir sein – holen wir uns das, was uns gehört!

Nur die Ablehnung der Schuldenbremse stellt schon heute sicher, dass wir die Zukunft solidarischer gestalten können. Lassen wir uns diese Chance nicht entgehen. Zur Volksabstimmung am 27. März 2011 heißt es deshalb mit den Worten des italienischen Arbeiterliedes: „Avanti popolo, alla riscossa!“ (Vorwärts Volk, zum Gegenangriff!). Was Gewerkschaften, Sozialverbände und die fortschrittlichen Teile politischer Parteien raten, setzt man so um: „Nein“ zur Schuldenbremse sagen, „Ja“ zum Gaspedal der sozialen Investition.

Die Verfasste Studierendenschaft: Eine Perspektive für unsere NachbarInnen

Ein Beitrag von Lucas Proehl

Wenn im Januar an der JLU das inzwischen 50. Studierendenparlament (StuPa) gewählt wird, werden wohl nicht wenige mit den Augen rollen und einen größtmöglichen Abstand zu den bekannten Wahlkabinen halten: Schon wieder versprechen 13 Hochschulgruppen das Blaue vom Himmel und quatschen möglichst jede/n StudentIn mit ähnlichen Floskeln an, um ins StuPa oder sogar in den Allgemeinen Studierendenausschuss gewählt zu werden. Was bleibt ist für viele Studierende ein Gremium („der AStA“), dem es an jeglicher Legitimation und Kompetenz fehlt, um die Interessen und die Finanzen der Studierenden zu vertreten und zu verwalten. In vielen Fällen wissen die Studierenden schlichtweg nicht, was AStA oder StuPa überhaupt bedeuten und haben folglich schon prinzipiell kein Interesse daran, an irgendwelchen Hochschulwahlen teilzunehmen.

In Baden-Württemberg und Bayern plagen die Studierenden derzeit Beschwerden ganz anderer Art: An den Hochschulen unse-

rer südlichen Nachbarn, wo es inzwischen nicht mehr als ungewöhnlich gilt, wenn ein Hörsaal nach einem Discounter benannt wird¹, um Gebäudesanierungen zu finanzieren, sind Studiengebühren bis über 500 Euro pro Semester nicht das einzige Streitthema. In Baden-Württemberg polarisiert vor allem ein Thema an den Universitäten: Eine mögliche Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft. An dieser Stelle wagt der Verfasser des Artikels einen Blick zurück in die 1970er-Jahre: Nach den größten studentischen Protesten der Nachkriegsgeschichte, die in der „68er-Bewegung“ nach dem Tod des ermordeten Studenten Benno Ohnesorg ihren Höhepunkt fanden, befürchteten die damaligen Landesregierungen von Bayern und Baden-Württemberg einen zu starken Einfluss der studentischen VertreterInnen auf das allgemeinpolitische Tagesgeschäft. Die Verfassten Studierendenschaften wurden in Folge der NS-Zeit durch die West-Alliierten an den Hochschulen in West-Deutschland eingeführt, um Studierenden ein gesellschaftliches Engagement, demokratische und finanzielle Selbstverwaltung, aber auch die Beteiligung an politischen Geschehnissen zu ermöglichen. Umso perfider ist es, dass zunächst Bayern 1973, später auch Baden-Württemberg

¹ Siehe z.B. <http://www.handelsblatt.com/politik/nachrichten/hoersaele-werden-zu-werbeflaechen;1249170>

Blick über den Tellerrand

1977 diese demokratischen Mitgestaltungsmöglichkeiten durch Änderung der Hochschulgesetze wieder abschafften – und dies mit unglaublichen Argumenten: Der damalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Hans Filbinger (CDU), selber zwischen 1933 und 1936 Mitglied des „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds“, begründete die Abschaffung unter anderem mit dem Argument: „Wenn es uns gelänge mit dem RCDS, der Jungen Union oder der Schüler-Union die Verfassten Studierendenschaften zu besetzen, wäre die Lage anders.“² Ein weiteres Argument für die Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft waren vermeintliche Verbindungen der ASten zur Roten Armee Fraktion (RAF) und zu „linksextremistischen“ Terrorgruppen. Die Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft war eine durch und durch politisch motivierte Entscheidung, die zum damaligen Zeitpunkt einer sachlichen Argumentation entbehrte.

Die Folgen in Baden-Württemberg und Bayern sind verheerend: In beiden Bundesländern liegt das Mitbestimmungsrecht der Studierenden bei Entscheidungen wie im Senat oder den Fachbereichen bei nahezu null; es gibt kein gesetzlich legitimes Studierendenparlament und keinen AStA (in Bayern nur als Teil der Universitäten Selbstverwaltung ohne Finanzmittel). Ehrenamtliches Engagement der Studierenden wird kaum gewürdigt und „Aufwandsentschädigungen“ für Gremienarbeit sind Fehlanzeige. In Folge dessen organisieren sich die Studierenden an vielen Hochschulen beider Bundesländer selber und ohne judikative Legitimation in Form einer „Unabhängigen Studierendenschaft“. Statt einem „AStA“ gibt es beispielsweise den „u-asta“ (wie in Freiburg) oder die Studierendenvertretung (StuVe in Ulm). An einigen Universitäten werden jährlich stattfindende Wahlen gemeinschaftlich universitär-studentisch organisiert, was jedoch nicht an allen Standorten gegeben ist. Dies hängt auch stark vom Wohlwollen des Präsidiums und der verantwortlichen Personen in den Hochschul-Verwaltungen gegenüber den hochschulpolitisch engagierten Studierenden ab. Die unabhängigen Studierendenvertretungen finanzieren sich oftmals über einen Trägerverein, mit Spenden und durch angebotene Service-Leistungen. So werden z.B. Partys organisiert, um mit den Einnahmen die hochschulpolitische Arbeit zu finanzieren – werden wiederholt Verluste erzielt, ist eine hochschulpolitische Arbeit faktisch kaum noch möglich. Grundsätzlich ist der Etat der „Unabhängigen Studierendenschaften“ so gering, dass damit kaum gearbeitet werden kann. Psychologische, juristische oder Sozialberatungen können meistens nicht bezahlt werden, ebenso wenig gibt es ein Semesterticket. Wenn es ein (nicht durch ASten verhandeltes!) Semesterticket gibt, dann höchstens auf das Stadtgebiet reduziert und erheblich teurer als in anderen Bundesländern. In Heidelberg sind dies derzeit 133 Euro für Heidelberg und Umland, in Stuttgart 175 Euro pro Semester. Natürlich ist die überwiegende Mehrheit der gewählten unabhängigen Studierendenvertretungen gegen Studiengebühren, Kampagnen gegen deren Abschaffung können jedoch kaum finanziell unterstützt werden. Das ist auch einer der Gründe, warum das StuPa der JLU Gießen seit Jahren durch einen Solidaritätsbeitrag dem „Aktionsbündnis gegen Studiengebühren“ finanziell unter die Arme greift.

Den fehlenden festen Strukturen in Form einer gesetzlich verankerten Studierendenvertretung mit autonomer (finanzieller und politischer) Verwaltung entgegen die Studierenden nach mehr

2 Siehe http://www.u-asta.uni-freiburg.de/politik/vs/vs_Hintergrundpapier_und_andere

als 30 Jahren entweder mit Resignation oder mit symbolischer Nichtanerkennung der nach Landes-Hochschulgesetz „offiziell“ zu wählenden FachschaftsvertreterInnen: 2% Wahlbeteiligung in Karlsruhe bei den Wahlen im Juli 2010³ sprechen Bände!

In den neuen Bundesländern wurde im Rahmen der Angliederung an die Bundesrepublik seit 1990 ebenfalls die Verfasste Studierendenschaft eingeführt, wenn dort auch die Gremien zum Teil anders heißen (z.B. Studierendenrat statt Studierendenparlament und AStA). Somit bleiben einzig Bayern und Baden-Württemberg ohne die Verfasste Studierendenschaft. Doch die Chancen auf eine Wiedereinführung dieser stehen zumindest in Baden-Württemberg besser denn je: Am 27. März finden dort Kommunalwahlen statt und nach aktuellen Umfragen sieht es dank Stuttgart 21 in nicht mehr nach einer Fortführung der aktuellen CDU/FDP-Regierung aus. Alle größeren oppositionellen Parteien (Grüne, SPD und die nicht im Landtag vertretene Linke) sprechen sich für die Wiedereinführung aus. Und das mit Grund: Nicht nur studentische Initiativen haben durch medienwirksame Aktionen wie dem Verteilen von „Traueranzeigen“ um die Verfasste Studierendenschaft ihrem Anliegen Stimme verleih, auch die Hochschulleitungen und Senate vieler Universitäten haben sich offiziell für eine Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft ausgesprochen, darunter Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim und Ulm.⁴ SPD und Grüne haben im Dezember bereits einen Gesetzesentwurf zur Wiedereinführung in den Landtag eingebracht, der jedoch in dieser Legislatur wahrscheinlich scheitern wird, da sich CDU und FDP, im Übrigen unterstützt durch die ihnen nahestehenden Hochschulgruppen RCDS und LHG, gegen eine Wiedereinführung aussprechen und nur kleinste Veränderungen des Status quo tragen würden.⁵ Es ist bemerkenswert, dass die meisten der engagierten Studierenden, die keineswegs ein Parteibuch besitzen oder einer parteinahen Liste angehörig sind, kaum oder gar nicht in die Diskussion um eine Wiedereinführung einbezogen wurden.

Es bleibt zu hoffen, dass sich die Parteien nach den Wahlen auf eine vernünftige Lösung einigen und die Wiedereinführung in das Hochschulgesetz schnellstmöglich beschließen werden. Die Chance ist jedenfalls da und sie bietet auch Hoffnung für Hessen: Ebenso wie das ewige Thema Studiengebühren gilt auch in diesem Falle: Eine Wiedereinführung setzt Signale, so wie die Abschaffung der Studiengebühren in Hessen auch letztlich zur Abschaffung im Saarland und NRW führt(e). Wenn Baden-Württemberg die Verfasste Studierendenschaft wieder einführt, wird es politisch gesehen einer hessischen Landesregierung äußerst schwer fallen, sie in Hessen abzuschaffen; dies ist eine reelle Gefahr, die seit Jahren besonders unter Roland Koch bestand und weiterhin besteht! Wir lassen uns überraschen, warten auf die Ergebnisse der BW-Wahlen, welche zeitgleich zu den hessischen Kommunalwahlen laufen, und werden die darauf folgenden Monate beobachten. Vielleicht können sich Karlsruher Studierende in einem Jahr ebenfalls über eine eigene Zeitung in einer so hohen Auflage wie diese freuen. Doch das ist nur dann möglich, wenn es so kommen wird, wie viele hoffen.

3 Siehe <http://www.usta.de/archiv/pm/2010-07-15-2-wahlbeteiligung-studierende-setzen-zeichen-gegen-fehlende-interessenvertretun->

4 Siehe <http://www.fachschaftskonferenz.de/nachrichten/article/trauer-um-die-verfasste-studierendenschaft.html> und z.B. <http://www.uni-ulm.de/home/news-details/article/universitaet-4.html>

5 Siehe www2.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/7000/14_7307_d.pdf und www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14_6999_d.pdf

Blick über den Tellerrand

Wikileaks

Ein Beitrag von Ivan Lappo-Danilevski

Kaum ein Thema wurde in letzter Zeit in den Medien so heiß debattiert wie die Veröffentlichung der internen diplomatischen Dokumente des amerikanischen Außenministeriums durch die Internet-Plattform Wikileaks. Für Aufbruch sorgten nicht so sehr die Enthüllungen um den Informanten in Westerstales Dunstkreis oder andere Details des glatten internationalen Parketts, auf dem nun einige Akteure ins Stolpern kommen, sondern die amerikanische Antwort auf darauf. Ohne dass jedwede rechtlichen Schritte gegen die Plattform als solche eingeleitet worden wären, weigerten sich namhafte Firmen wie Mastercard, Paypal, Amazon oder Visa Aufträge im Zusammenhang mit Wikileaks zu bearbeiten und bekannte amerikanische Politiker forderten gar die Verschleppung, Folterung und Ermordung des Wikileaks-Sprechers Julian Assange. Passend dazu wurde dieser auch durch die schwedischen Behörden auf die Most-Wanted-Liste von Interpol gesetzt, durch die englischen Behörden inhaftiert und nun gegen Kautions wieder frei gelassen. Man könnte meinen, die Weltöffentlichkeit wird Zeuge eines Agenten-Thrillers im digitalen Zeitalter. Grund genug die Geschehnisse auch von studentischer Seite aus zu beleuchten.

Dass Wikileaks harte Realitäten aufdeckt, war schon länger bekannt. Das „geleakte“ (d.h. von einem Angehörigen der Institution verschlüsselt übertragenen und durch die Website redaktionell aufbereiteten) Video der emotionslosen und durch die Befehlshaber autorisierten Tötung irakischer Zivilisten durch amerikanische Hubschrauberpiloten hat viele Menschen schockiert und passt kaum zur gewohnten Selbstdarstellung der Streitkräfte des NATO-Bündnisses. Doch jenseits des menschlichen Leids, das bei einer bewaffneten Auseinandersetzung entsteht, und des durch Folter-Bilder angeschlagenen Rufes der teuersten Armee der Welt, werfen die neusten Ereignisse eine Frage auf, die sich vielleicht erst in naher Zukunft entscheiden wird: Wie weit werden Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit in europäischen und nordamerikanischen Ländern noch von ihren demokratisch gewählten Regierungen respektiert, wenn sie ganz

klar im Gegensatz zu gesteckten Zielen, z.B. der Sicherung von Rohstoffen und Handelswegen, stehen?

Dieser Fall ist ein guter Anlass, daran zu erinnern, dass das Verhältnis zwischen einer Staatsgewalt und ihren Normunterworfenen, sprich BürgerInnen, derzeit in den meisten Ländern Europas und Nord-Amerikas durch eine Verfassung als oberste Norm geregelt ist. Viele dieser Verfassungen, auch die deutsche, britische und amerikanische, enthalten Paragraphen zur Pressefreiheit. Zudem gibt es eine allgemeine Erklärung der Menschenrechte seitens der UN, welche vielen Entscheidungen der internationalen Organe zugrunde liegt. Auch sie besitzt einen Paragraphen, der die Meinungsfreiheit als Menschenrecht garantiert. Der ASTA der JLU Gießen hat nun einen Appell der u.a. von der taz, der Frankfurter Rundschau, dem Tagesspiegel, sowie dem European Center For Constitutionel and Human Rights (ECCHR) unterstützt wird, unterzeichnet. Darin werden alle Staaten und Unternehmen aufgefordert werden, sich dem „Feldzug gegen die Bürgerlichen Rechte“, wie der massive Druck auf die Wikileaks-Website bezeichnet wird, zu widersetzen.

Was könnten die positiven Auswirkungen eines solchen Appells sein? Einerseits könnten die Regierungen aber auch die Justiz daran erinnert werden, dass ein Teil der Öffentlichkeit einer plötzlichen Abschwächung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit skeptisch gegenübersteht. Er könnte ein Signal setzen, dass die modernen Kommunikationsformen eher als Chance für transparentere Formen der Politik, denn als Gefahr für den Status quo gesehen werden. Zumindest wird er aber zum Nachdenken über diese Fragen anregen und das ist dringend notwendig, denn obwohl zwischen Credit-Point-Jagd und Studierendenjob wenig Zeit für die Lektüre der Verfassung bleibt, wird die zukünftige Reaktion der Regierungen auch von den Einstellungen unserer „digital natives“ Generation zu diesem aktuellen Spannungsfeld abhängen. Natürlich kann man auch jetzt schon versuchen, aktiv Stellung zu beziehen, in dem man z.B. eine private Sicherheitskopie der Wikileaks-Seite ins Internet stellt (unter den über 700 solchen Mirrors findet sich auch die Hochschule für bildende Künste Hamburg) oder andere kreative Formen des Protests wählt.

STRESS

URABSTIMMUNG

**LÖSUNG:
(1/3)**

ZUR AUSKLAMMERUNG VON MODULNOTEN

19.-25. JANUAR 2011

Initiativen / Projekte

L I T E R A
R I S C H E
S Z E N T R
U M G I E S
S E N

Literarisches Zentrum Gießen e.V.

Ein Beitrag von Karina Fenner

Spannende Lesungen, brandheiße News und jede Menge Informationen rund um das große Feld der Literatur – all diesen Aufgaben sieht sich seit November 2009 das Literarische Zentrum Gießen (LZG) verpflichtet. Beim LZG handelt es sich um einen gemeinnützigen Verein, der vor allem ein Ziel hat: Die Pflege und Förderung der literarischen Tradition und Kultur der Universitätsstadt Gießen und ihrer Region. Die Ausgestaltung dieses Zieles ist einerseits durch die Wahrung der Tradition geprägt, andererseits durch die Unterstützung neuer Talente, denn was nicht jeder weiß: Neben ausgeprägten literarischen Traditionen (verwiesen sei etwa auf Nikolaus von Gießen, Johann Balthasar Schupp(ius), Friedrich Maximilian Klingler, Georg Büchner, Alfred Bock oder Ernst Eckstein) besitzt Gießen ein breit gefächertes Angebot zur aktuellen Literatur, für das unter anderem auch engagierte Autoren aus der Region eine entscheidende Rolle spielen.

Mit den Schwerpunkten Gegenwartsliteratur, Literaturgeschichte, Kinder- und Jugendliteratur sowie Literatur- und Leseförderung versucht das LZG, das literarische Leben der Stadt zu fördern und mit neuen Impulsen zu versehen. Dies geschieht im Rahmen von Lesungen, Ausstellungen, Festivals, Schauspielen, Führungen und Vorträgen. Im Fokus dieser Förderung steht die Vernetzung der bestehenden Instanzen der Literaturvermittlung (also Schulen, Kirchen, Buchhandel, Universität, Stadttheater, Bibliotheken usw.) und vor allem die Zusammenführung städtischer und universitärer Literaturveranstaltungen – denn wer kennt es nicht: bei universitären Lesungen sieht man immer die gleichen Gesichter und den Weg in die Stadt finden oft nur wenige Studierende. Durch gemeinsame Programme und neue Veranstaltungsformate soll sich das ändern. Seit Oktober 2010 steht dem Literarischem Zentrum für dieses Vorhaben ein eigener Veranstaltungsraum im K.i.Z. - Kultur im Zentrum (ehemalige Stadtbibliothek) zur Verfügung. Hier wird nicht nur Platz für Lesungen des LZG, sondern auch für andere kulturelle Events und Ausstellungen geboten. Wo eine Lesung allerdings

tatsächlich stattfindet, ist ganz davon abhängig, was zum Konzept der jeweiligen Veranstaltung passt, so versprechen nicht nur das Programm, sondern auch die variierenden Örtlichkeiten abwechslungsreiche Unterhaltung. Beispielsweise konnte im Jahr 2010 der österreichische Autor Clemens Berger mit seinem „Streichelinstitut“ das Publikum im Ulenspiegel begeistern, in der UB fand ein unterhaltsamer Berliner Lesebühnenabend statt und im Mathematikum wurde eine humoristische Lyriklesung zu Robert Gernhardt präsentiert. Damit sind nur ein paar wenige Beispiele und Kooperationspartner genannt, die nicht nur von einem abwechslungsreichen Programm, sondern auch von der Entdeckung Gießens als reizvolle Literaturlandschaft zeugen. Zur Erreichung seiner Ziele arbeitet der Verein eng mit öffentlichen Stellen sowie anderen gemeinnützigen Trägern zusammen. Kooperationspartner sind u.a. das Kulturamt, die Gießen Marketing GmbH, die Gemeinnützige Stiftung der Sparkasse Gießen, die Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen und der städtische Einzelhandel. Zudem kann man die Arbeit des gemeinnützigen Vereins durch eine Mitgliedschaft unterstützen. Der Jahresbeitrag beläuft sich auf 30 Euro, für Studierende ermäßigt auf 15 Euro, die sich in jedem Fall lohnen – denn für diesen jährlichen Betrag erhält man freien Eintritt zu fast allen Veranstaltungen.

Weitere Infos (u.a. Rezensionen und Berichte) findet man auf der Homepage unter www.lz-giessen.de. Hier erfährt man außerdem, welche Lesungen anstehen, man kann sich ins Newsletter-System eintragen oder direkten Kontakt mit dem LZG aufnehmen.

Das Büro des LZG ist dienstags von 9-13 Uhr und donnerstags von 10-14 Uhr besetzt.

Kontakt:

Literarisches Zentrum Gießen e.V.

Lonystraße 2 (Kongresshalle)

35390 Gießen

Tel: 0641 - 20919009

Fax: 0641 - 20919010

mail@lz-giessen.de



STUDENTISCHER ARBEITSKREIS ERNÄHRUNGSÖKOLOGIE an der Justus-Liebig-Universität Giessen www.uni-giessen.de/cms/ak-eoek ernaehrungsoekologie@googlemail.com

Studentischer Arbeitskreis Ernährungsökologie

Ein Beitrag von Angelina Balz

„Ernährung? Da geht es doch darum, dass ich nichts Leckereres mehr essen darf!“

So oder so ähnlich lautet oft eine der ersten Aussagen, wenn es um das Thema Ernährung geht. Doch Ernährung bedeutet mehr: Was hat der Kauf von Kaffee in Deinem Supermarkt mit den Arbeitsbedingungen in Lateinamerika zu tun? Welche Bedeutung haben Erdbeeren im Winter für das Klima? Heißt natürliche Lebensmittel kaufen, immer mehr Geld auszugeben für Ernährung? Der Begriff „Ernährung“ lässt uns meistens zuerst an den gesundheitlichen Aspekt denken. Doch unsere Gesundheit ist nur ein kleiner Teil von dem, was jede(r) einzelne von uns mit der Art und Weise seiner/ihrer Ernährung beeinflusst. Ernährung bedeutet also mehr als nur Essen und Trinken, mehr als nur die Aufnahme von Nährstoffen.

Das Wissenschaftsgebiet „Ernährungsökologie“ untersucht die Wechselwirkungen der Ernährung mit der Gesundheit, der Umwelt, der Gesellschaft sowie der Wirtschaft. Anliegen der Ernährungsökologie ist es, realisierbare und zukunftsweisende Ernährungskonzepte zu entwickeln, die sich durch hohe Gesundheits-, Umwelt- Sozial- und Wirtschaftsverträglichkeit auszeichnen.

In diesem Zusammenhang organisiert der studentische Arbeitskreis Ernährungsökologie Vorträge (z.B. zum Thema Fair Trade), Diskussionen und Exkursionen (z.B. Hess Natur, Siebenkorn, Hofgut Friedelhausen, Öko Winzer). Wir sind eine Gruppe von StudentInnen des Fachbereichs Agrarwissenschaften, Ökotrophologie und Umweltmanagement (09) der Justus-Liebig-Universität Giessen - auch Studierende anderer Fachbereiche sind natürlich herzlich willkommen. Wir wollen durch unser Engagement den Begriff der Ernährungsökologie mit seinem interdisziplinären Anspruch "unter die Leute" und in die Diskussion bringen.

Im WiSe 2010/11 und SoSe 2011 veranstalten wir eine Vortragsreihe zu dem Thema „Perspektiven der Ernährungsökologie“. In dieser möchten wir herausstellen, was Ernährungsökologie bedeutet. Verschiedenste Vertreter dieses Wissenschaftsgebietes (z.B. Dr. Karl von Koerber, Prof. Leitzmann) stellen dabei ihre momentan laufenden Forschungsprojekte und interessante Aspekte des Fachgebietes vor. Anfang des SoSe 2011 wird es eine Diskussion über die Zukunft der Ernährungsökologie an der JLU geben.

Dies hat folgenden Hintergrund: Im September 2003 ist bundesweit erstmalig eine universitäre Professur für Ernährungsökologie hier an der Universität Gießen eingerichtet worden. Die Finanzierung durch Stiftungen lief jedoch Ende August 2009 aus. Weder der Fachbereich noch der Präsident der Universität hielten es für notwendig, diese zukunftsweisende Professur zu erhalten. Derzeit wird das Lehrangebot durch die AG Ernährungsökologie weitestgehend aufrechterhalten. Ob dies jedoch in Zukunft weiter der Fall sein wird, ist fraglich.

Wir wollen nicht nur das Fachgebiet der Ernährungsökologie an der Universität Gießen erhalten, sondern darüber hinaus fordern wir die Wiedereinrichtung einer Professur! Um uns zu unterstützen, könnt ihr Euch in unsere online Unterschriftenliste eintragen. Ihr findet sie unter:

<http://www.uni-giessen.de/ak-ernaehrungsoekologie/unterstuetzung.html>

Du bist neugierig geworden, auf das, was wir machen? Dann schau doch einmal unverbindlich bei uns vorbei:

Unsere Treffen finden in der AUB (Alte Universitätsbibliothek), Bismarckstraße 37, 35390 Gießen in den Räumlichkeiten der Fachschaft des FB 09 (Seiteneingang, rechts die Treppen hinter) statt. Wir treffen uns für das laufende WS 2010/2011 jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat um 20.00 Uhr

Neue Gesichter (unabhängig vom FB) und Anregungen sind jederzeit herzlich willkommen! Du kannst uns auch eine Email schreiben, dann nehmen wir Dich in unseren Verteiler auf.

Dein studentischer Arbeitskreis Ernährungsökologie



Veranstaltungen

„Trans* (-sexualität/-identität/-gender)
Ein Kampf um Konzepte und darüber, wer sie definiert.“
Jonas Jules Priese

Trans* (-sexualität/-identität/-gender)

Ein Kampf um Konzepte und darüber, wer sie definiert

Das Konzept Trans* ist gerade einmal ein halbes Jahrhundert alt. Nachdem sich zunächst Psycholog_innen und Sexualwissenschaftler_innen dem Thema annahmen und es als psychische Krankheit, als „Geschlechtsidentitätsstörung“ behandelten, traten seit spätestens Ende der 1980er Jahre Trans*vereine und -interessenverbände auf den Plan, die ganz eigene Vorstellungen davon haben, was Trans* ist. Politisch relevant ist das beispielsweise an der Stelle, wo beide Positionen im Reformprozess des „Transsexuellengesetz“ (TSG) aufeinandertreffen. Außerdem geht es dabei um nicht weniger als um die Frage, wie Trans* Menschen gesehen, benannt und behandelt werden (sollen).

Wer hat in dieser Frage heute die Expert_innenschaft? Wer definiert wie, was Trans* ist?



Foto: Kampagne (<http://www.stp2012.info>)

In seinem Vortrag will Priese die Entwicklungen dieses Aushandlungskampfes zwischen Sexualwissenschaft und Trans*verbänden in den letzten 20 Jahren nachvollziehen und aufzeigen, was der aktuelle Stand der Debatte ist.

Wann: **17.01.2011, um 18 Uhr.**

Wo: **Margarete-Bieber-Saal, Ludwigstraße 34**



<http://www.uni-giessen.de/Frauenreferat/>



<http://www.schwulenreferat-gi.de/>

Leider ist der Vortrag **nicht barrierefrei**. Für eine **Gebärdendolmetscher*in** kann jedoch bei **rechtzeitiger** Information gesorgt werden. Bei Interesse gilt es sich rasch mit uns in Verbindung zu setzen. referat@schwulenreferat-gi.de

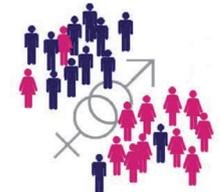
„Zur gesellschaftlichen Konstruktion von biologischem Geschlecht“,
Vortrag von **Dr. Heinz-Jürgen Voss**
<http://www.heinzjuergenvoss.de/>
<http://dasendedessex.blogspot.de/>

Zur gesellschaftlichen Konstruktion von biologischem Geschlecht

Biologisch gibt es viele Geschlechter

Biologisches Geschlecht ist gesellschaftlich hergestellt. Menschen werden in Gesellschaft hineingeboren und lernen in ihr; ihr Denk- und Sagbares ist damit durch Gesellschaft (u.a. Sprache) beschränkt. Das gilt auch für „biologisches Geschlecht“.

Die Annahme ist zu verwerfen, dass „biologisches Geschlecht“ außerhalb von Gesellschaft betrachtbar wäre. Auch bzgl. „biologischen Geschlechts“ geht es um Theorien – und diese wandeln sich, u.a. nach gesellschaftlichen Erfordernissen. Das wird in diesem Input deutlich und soll zur Diskussion anregen: Unterschiedliche Theorien über „biologisches Geschlecht“ werden vorgestellt (historisch und aktuell). Deutlich wird, dass nicht nur Argumente der Differenz, sondern auch der Gleichheit zweier Geschlechter in diesen prominent vertreten waren und sind. Sichtbar wird auch, dass Auseinandersetzungen stattfanden und stattfinden, dass also zu keiner Zeit nur eine Sichtweise verbreitet war, sondern Vertreter (später auch Vertreterinnen) verschiedener biologisch-medizinischer Geschlechtertheorien miteinander diskutierten.



Herausgestellt wird für aktuelle biologisch-medizinische Geschlechtertheorien, dass diese zunehmend zu dem Ergebnis gelangen, dass sich als geschlechtlich betrachtete Merkmale individuell (und im Vergleich verschiedener Menschen: vielgestaltig) ausprägen. So werden mittlerweile biologisch viele Geschlechter denkbar, statt nur zwei oder drei.

Wann: **27.01.2011, um 18 Uhr.**

Wo: **Margarete-Bieber-Saal, Ludwigstraße 34**



<http://www.uni-giessen.de/Frauenreferat/>



<http://www.schwulenreferat-gi.de/>

Vollversammlung

der ausländischen Studierenden(ASV) an der JLU Gießen

Die ausländische Studierendenvertretung lädt alle ausländischen Studentinnen und Studenten an der Justus-Liebig-Universität Gießen zu einer Vollversammlung ein.

**am Donnerstag, den 27.01.2011
von 18:00 bis 19:30 Uhr**

**im biologischen Hörsaal, Uni-Hauptgebäude
Ludwigstr. 23**

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Jahresbericht der ASV-Referentinnen
3. Wahl der ASV-Referentinnen
4. Sonstiges

Zu TOP 3: Wahlberechtigt sind alle nicht-deutsche Studierende der JLU-Gießen. Wählen und gewählt werden kann wer als Nicht-Deutscher eingeschrieben ist. Kandidatinnen sollen sich im AstA-Büro melden, Bewerbungsfrist: Dienstag, 25.01.11 um 15.30 Uhr.

Die Richtlinien der ASV der JLU Gießen liegen im AstA-Sekretariat, Otto-Behagel-Str. 25d, aus und können dort eingesehen werden sowie auf der ASV-Homepage <http://www.uni-giessen.de/asv>.

**„Moderne“ Faschisten:
Die „Autonomen Nationalisten“**

18

**Zum neuen Lifestyle in der
extremen Rechten**

**Vortrag
mit
Stephan Schneider**

31. Januar 20 Uhr

**Magarethe Bieber Saal
Ludwigstraße 34 Gießen**

Veranstalter:

Kein Naziaufmarsch!

Februar 2011 | Dresden

¡No Pasarán!



Auf die Straße gegen Naziaufmarsch, Opfermythos und Extremismusquatsch!



www.no-pasaran.mobi

Der AStA organisiert auch einen Bustransfer nach Dresden!

Mehr Infos: www.asta-giessen.de

Wahl-WV
12. Jan. 2011

JLU HOCHSCHUL- WAHLEN

19. - 25. Jan. 2011

Studentische Selbstverwaltung + universitäre Selbstverwaltung

↓ ↓ ↓ ↓

StuPa FSR Senat FBR

Dieses Jahr mit
Urabstimmung
!!!

Wahllokale und Öffnungszeiten

Die Urnenwahl findet an den folgenden Tagen statt:

Mittwoch,	19. Januar 2011
Donnerstag,	20. Januar 2011
Freitag,	21. Januar 2011
Montag,	24. Januar 2011
Dienstag,	25. Januar 2011

Wahllokal I	Juridicum , Licher Straße 68,	9.00 - 16.00 Uhr
Wahllokal II	Audimax Phil II , Karl-Glöckner-Str.21	9.00 - 16.00 Uhr
Wahllokal III	Neue Mensa , Otto-Behaghel-Straße 27	9.00 - 16.00 Uhr
Wahllokal IV	IFZ für Umweltsicherung , Heinrich-Buff-Ring 26-32, Eingang B	9.00 - 16.00 Uhr
Wahllokal V	Uni-Hauptgebäude , Ludwigstraße 23	9.00 - 16.00 Uhr
Wahllokal VI	Frankfurter Str. 100 , Flur Hörsaalgeb	9.00 - 16.00 Uhr
Wahllokal VII	Otto-Eger-Heim , Leihgesterner Weg 16	9.00 - 16.00 Uhr

Die Stimmenausschüttung beginnt am 25.01.2011 um 16:30 öffentlich in der Mensa. Öffentlich bedeutet, dass jede Person, die Interesse hat, dies beobachten kann und dort erfährt man auch die Wahlergebnisse am schnellsten.

In allen Wahllokalen können die Kandidatinnen für das Studierendenparlament (StuPa), Fachschaftsrate (FSR), Senat und den Fachbereichsräten (FBR) gewählt werden. Demnach könnt ihr dort mindestens vier Stimmzettel ausfüllen. Achtet darauf!

Die einzige Ausnahme gibt es am Freitag, den 21. Januar. An diesem Tag können nur die Kandidatinnen für das StuPa und FSR gewählt werden!